

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.



work

SGB-Präsidium: Maillard & Gysi im grossen Interview. Seiten 4-7



Bau-Protest

Potztausend!

Sechzehntausend Büezer heizen den Baumeistern ein. Kommen die jetzt endlich zur Vernunft? Seite 3

FOTOS: LUCA DUBBUS, URSULA HÄNE, MATTHIAS LUGGEN, ISTOCK

Glanz und Elend in Katar

Das Emirat erfindet sich gerade neu. Mit Milliarden Dollar und Millionen Arbeitssklaven. Die Reportage. Seiten 10-11

Ausgesteuert – was nun?

Der work-Ratgeber für alle, die kein Arbeitslosengeld mehr bekommen. Seiten 14-15

Matteo Salvini: Porca miseria

Italiens Innenminister ist ein rechtsradikaler Pöbler. Jetzt hat er sich das Land unter den Nagel gerissen. Seite 9





workedito
Marie-Josée Kuhn

PARIS-DOHA

Katar sei wie Schwamendingen, nur zwei Einkaufszentren, nix los. So redete einst Ex-Nati-Spieler Hakan Yakin über das kleine Emirat am Persischen Golf. Das war vor zehn Jahren. Inzwischen überstrahlt der heisse Wüstenfleck nicht nur Schwamendingen, sondern die halbe Welt. Denn Katars Herrscher, Scheich Tamim bin Hamad al Thani, Enkel von Sheik Khalifa bin Hamad bin Abdullah bin Jassim bin Mohammed Al Thani, hat einen Plan. Katar soll

Die Nöte der Arbeitsklaven sind herzerreissend.

überall ganz vorne mitspielen: in der Wirtschaft, im Sport, im Tourismus. Deshalb lässt

al Thani wie wild investieren. Der Staatsfonds Qatar Investment Authority (QIA) hat global geschätzte 300 Milliarden Dollar in Immobilien, Ländereien und Unternehmen gesteckt. Er hält Anteile an der Credit Suisse, aber auch die Schweizer Luxushotels «Bürgenstock» am Vierwaldstättersee und «Schweizerhof» in Bern stehen auf seiner Liste.

SCHLAGSCHATTEN. Scheich al Thani baut auch wie verrückt. Derzeit für 220 Milliarden Dollar unter anderem acht Fussballstadien und sogar eine ganze Stadt: Lusail City. Dort wird am 21. November 2022 die Fussball-WM angepiffen. Und seit der Scheich 2002 ins Internationale Olympische Komitee eingezogen ist, sammelt er Weltmeisterschaften. Er finanziert, was sich finanzieren lässt, mit allen Mitteln. Zum Beispiel den Skandal-Fussballclub Paris Saint-Germain. Für exzessive 215 Millionen Euro im Jahr erkaufte sich der staatliche Konzern Qatar Tourism Authority (QTA) offenbar verdeckt Spieler. Das zeigen die neusten «Spiegel»-Enthüllungen, die auch böse Schlag Schatten auf Fifa-Chef Gianni Infantino werfen.

HOFFNUNG. Vor Jahren noch Wüste. Jetzt Prunk-City aus Marmor, Gold und Glas. Am Tag jedoch ist Doha menschenleer: Genau einen Katarer hat work-Reporterin Patricia D'Incau draussen angetroffen. Die restlichen 299999 Einheimischen können den ganzen Tag lang schlafen. Sie müssen nicht arbeiten. Gas und Öl spülen ihnen pro Jahr je 125 000 Dollar ins Portemonnaie. Arbeiten, das ist was für die Fremden, wie D'Incaus Reportage eindrücklich zeigt (Seiten 10–11). Für die über 2 Millionen Arbeitssklavinnen und -sklaven aus Indien, Nepal, Bangladesch und den Philippinen. Ihre Sorgen und Nöte sind herzerreissend. Das ist die blutige Seite von Bling-Bling-Doha. Doch es gibt Hoffnung: Seit die Internationale Bauergewerkschaft BHI Druck macht und ein Abkommen ausgehandelt hat, haben sich mindestens die Arbeitsbedingungen für die Buezer in den WM-Stadien verbessert: Sie erhalten jetzt ihren Lohn, und die Arbeitssicherheit ist gestiegen. Es ist dort jetzt fast wie in Schwamendingen.

Abstimmung vom 25. November Die Ja-Kampagne zur SVP-Selbstbestimmungsinitiative ist:

Orange, verlogenen und verdreht



TROJANISCHES PFERD: Die SVP-Selbstbestimmungsinitiative ist aussen fake und innen brandgefährlich. FOTO: KEYSTONE

Die Schweiz erlebt gerade ihre bisher dreiste Fake-News-Abstimmungskampagne. Fakten spielen für die SVP nicht einmal mehr pro forma eine Rolle.

CLEMENS STUDER

Das Orange, mit dem sich die SVP aktuell tarnt, entspricht zwar nicht ganz Donald Trumps Gesichtsfarbe. Doch in Sachen Fake News steht die Blocher-Partei dem US-Präsidenten kaum mehr nach.

DREI BEISPIELE:

MENSCHENRECHTE. Bis vor wenigen Wochen war die SVP wenigstens in einem Punkt klar: dass sich ihre Selbstbestimmungsinitiative gegen die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) richtet. 2013 sagte es Toni Brunner zum ersten Mal öffentlich. 2014 beantragte Ueli Maurer im Bundesrat die Kündigung der EMRK. Und der Erfinder der SVP-Selbstbestimmungsinitiative (SBI), Hans-Ueli Vogt, sagte 2015: «Die Kündigung der EMRK liegt in der Stossrichtung der Initiative.» Jetzt plötzlich behauptet SVP-Führer Christoph Blocher, «niemand will die EMRK künden».

ARBEITNEHMENDENSCHUTZ. Noch im Februar trat Ems-Milliardärin und SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher, umringt von anderen SVP-Grössen, vor die Medien und wütete gegen

die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit. Diese schützen die Lohnabhängigen vor dem Machtmissbrauch der Arbeitgeber. Das wollen Martullo & Co. aber nicht. Lieber heute als morgen möchten sie die Flankierenden deshalb los werden. Doch jetzt vor der SBI-Abstimmung macht die SVP plötzlich mit dem Lohnschutz, den sie schleifen will, Werbung – für ihre Selbstbestimmungsinitiative. Das gleiche Verwirrspiel treibt die SVP mit den Asbestopfern, die nur dank dem Strassburger Gericht Entschädigung bekommen (work berichtete: rebrand.ly/asbestopfer). Noch 2015 kritisierte SVPLer Vogt das Urteil in der NZZ als «wirtschaftsfeindlich», nur die SBI könnte solches künftig verhindern. Heute behauptet die SVP frech, die Asbestopfer könnten «auch nach Annahme (...) in Strassburg klagen».

«EINFACH WIEDER WIE VOR 2012». Die SBI-Initianten behaupten, «die Initiative stellt nur den Zustand vor 2012 wieder her». Und schliesslich habe da die Schweiz auch tadellos funktioniert. Warum 2012? Damals, am 12. Oktober, fällte das Bundesgericht einen Entscheid, der die Rechtsnationalisten auf die Bäume trieb. Es ging um einen jungen Thurgauer mit mazedonischem Pass. Der in der Schweiz aufgewachsene Mann war als 19-jähriger im Drogenmilieu als Gehilfe unterwegs, wurde er-

wischt und zu einer bedingten Gefängnisstrafe verurteilt. Das Thurgauer Migrationsamt entzog ihm daraufhin die Niederlassungsbewilligung und wollte ihn ohne weitere Prüfung aus der Schweiz wegweisen. Dagegen rekurrierte der Mann bis vor Bundesgericht und bekam recht.

SVP wechselt Argumente so oft wie andere die Socken.

Eine automatische Ausweisung ohne Einzelfallprüfung widerspreche sowohl der Schweizer Bundesverfassung als auch der Europäischen Menschenrechtskonvention, entschied das Gericht (2x SVP, je 1x CVP, SP, Grüne). Die SVP behauptet, dies sei eine Praxisänderung, bei dem «fremdes Recht» höher gewichtet worden sei als schweizerisches. Das stimmt zwar nicht, weil es gar keine Praxisänderung, sondern eine Praxisbeibehaltung war, aber es tönt gut. Je mehr Fake News die SVP in Umlauf bringt, desto klarer zeigt sich ihr Plan hinter der Abstimmungskampagne unter falscher Flagge: Den harten Kern der Menschenrechtsfeinde und Abschotter hat man sowieso im Sack. Dafür will man Abstimmende bis in die Mitte gewinnen. Doch dort sind Werte wie Vertragstreue und Menschenrechte noch nicht so erodiert wie hart rechts und rechtsausen.

ABSTIMMUNG

FEHRS AUFRUF

Ende Oktober war «Blick on tour» im aargauischen Suhr. Thema: SVP-Selbstbestimmungsinitiative. Bundesrätin Simonetta Sommaruga und FDP-Ständerat Philipp Müller traten gegen die Initiative an. Initiatorfinder und SVP-Nationalrat Hans-Ueli Vogt sowie Nationalratskollegin und Ems-Milliardärin Magdalena Martullo-Blocher dafür. Offensichtlich waren grosse Teile des Publikums aufputschte SVPLer ausser Rand und Band. Sie buhten Sommaruga und Müller aus, brüllten sie an und beschimpften sie unfähig.

GOLDRICHTIG. Am 4. November kommentierte Jacqueline Fehr, die Linke im Zürcher Regierungsrat, einen Bericht über die Veranstaltung: «Wir gewinnen die Abstimmung gegen diese Antidemokraten nur, wenn jede und jeder von uns noch mindestens zwei zusätzliche Leute an die Urne bringt.» Jetzt fordern Zürcher SVPLer eine Entschuldigung. Dabei liegt Fehr so etwas von richtig. Auch wenn die neusten Umfragen eine Ablehnung der SVP-Initiative prophezeien: jede Nein-Stimme ist wichtig. Also bitte sofort die Stimmzettel ausfüllen und einwerfen. Denn am 25. November geht's um viel. (cs)

Endo Anaconda worksms

An Guy Parmelin, VBS

Ein Glas wäre angemessen, meinten Sie angesichts Ihrer auf Staatskosten bechernen Staboffiziere. Dabei ist für Quartalstrinker selbst ein Glas zu viel. Ein Schluck, und es gibt kein Halten mehr. Wer würde für die Sicherheit der Zivilbevölkerung sorgen, sollte der atomare Schutzschild der Nato nötig werden (America First – Sir!). Wer räumt das Täfer und den Beaujolais aus den Schutzräumen? Da müssten wir ja Soldatenräte wählen! Mit Respekt vor allen Bürgern, die trotz allem ihren Militär- oder Zivildienst leisten: Räumen Sie endlich in dieser Chaostruppe auf! Mein Tipp: Abtreten! Endo

Ihr SMS an Endo: 077 437 56 82

Neues Urteil des EU-Gerichtshofes zeigt: SGB-Chef Rechsteiner hatte recht

Wie wichtig es ist, dass die flankierenden Massnahmen nicht Teil eines Rahmenvertrages mit der EU werden, zeigt jetzt ein Urteil.

CLEMENS STUDER

Österreich hat ein Problem mit Lohn- und Sozialdumping durch ausländische Firmen. Auf dem Bau geschäfteten im ersten Halbjahr 2018 fast 50 Prozent der sogenannten Entscheideunternehmen unsauber. Dafür gibt's auch in Österreich Bussen. Damit diese nicht einfach im Papierkorb der Lohndumper landen, konnten die Behörden bislang eine Kautions verlangen. Die funktionierte so: Der Auftraggeber konnte verpflichtet werden, einen Teil der Rechnungssumme auf ein Behördenkonto einzuzahlen, bis sichergestellt war, dass die ausländische Firma sauber geschäftet



Paul Rechsteiner.

Chef der Gewerkschaft Bau-Holz, sagt dazu: «Mit dieser Entscheidung wird der Anreiz für Lohn- und Sozialdumping noch weiter gestärkt.»

GEGEN ROTE LINIEN. Das Urteil gegen Österreich zeigt, wie zentral es ist, dass die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit nicht Teil eines Rahmenabkommens mit der EU werden. Kurzer Blick zurück: Im Sommer lancierte FDP-Bundesrat Ignazio Cassis einen Angriff auf die flankierenden Massnahmen –

und verletzte damit die roten Linien des Gesamtbundesrates. Der piff Cassis zwar zurück, beauftragte aber gleichzeitig Johann Schneider-Ammann, mit den Sozialpartnern mögliche Anpassungen auszuloten. Weil Schneider-Ammanns Umfeld ein Papier vorlegte, in dem gleich der ganze Lohnschutz in Frage gestellt

«EU verstärkt Anreiz für Sozial- und Lohndumping.»

wurde, liess SGB-Chef Paul Rechsteiner die Gespräche platzen. Und erntete heftige Kritik von rechts. Selbst eine halbe Handvoll SP-Mitglieder fanden, die EU-Lohnschutzmassnahmen seien ja schon fast so gut wie die flankierenden Massnahmen. Das aktuelle Urteil des EuGH zeigt deutlich, was davon zu halten ist: Nichts!



16 000 Bauleute machen den Baumeistern klar: Jetzt reicht's!

Lautstark, spektakulär und mit Humor demonstrierten in der ganzen Schweiz Bauarbeiter für mehr Lohn, für ihre Rente mit 60 und gegen Gratis-Überstunden.

Bern, 1. November: Polenta auf der SBB-Baustelle

Gegen Mittag sind sie alle da. Aus Bern, Biel und dem Oberland. Aus dem Emmental und dem Oberaargau. Hunderte Bauarbeiter, gutgelaunt und protestparat. Statt Baustellenlärm tönt Musik, aus den grossen Pfannen gibt's Polenta mit Ragoût. Nicht irgendwo, sondern hinter dem Berner Hauptbahnhof. Auf der grossen SBB-Baustelle, dem momentan wichtigsten Infrastrukturprojekt der Schweiz. Dort, wo Búezer dafür arbeiten, dass der Zugverkehr für die Tausende Pendlerinnen und Pendler in Zukunft besser läuft. Ruckzuck ist die Baustelle frühmorgens zur Protestzentrale geworden. Breites Grinsen in den Gesichtern der SBB-Baustellen-Búezer. Rein in die Baracke, Kaffee machen. Dass das grosse Arbeiter-Happening bei ihnen stattfinden würde, war eine Überraschung, auch für sie.

RIESIGER WECKER. Rund 1000 Búezer aus dem ganzen Kanton ziehen schliesslich durch Bern. So viele, wie seit 2002 nicht mehr. Sie trommeln, trillern, tragen Plakáti – mit Blitzen für die Baumeister oder mit Herzen für die Rente mit 60.

Vor dem Kornhaus dann ein einziges Fahnenmeer, die Kirchenfeldbrücke in rotem Rauch. Vor kurzem haben Bauarbeiter sie saniert, in Tag- und Nachtschichten. Jetzt laufen sie darüber. Mit einem überdimensionalen roten Wecker im Gepäck in Richtung Baumeisterverband. «Endlich aufwachen!» symbolisch natürlich, damit auch der begreift: Ohne Búezer keine Bahnhöfe. Ohne Búezer keine Brücken. Ohne Búezer geht nichts. Basta! (pdi)

Lausanne, 5. November: Gschnätzlets & Reis am Genfersee

Es ist noch Nacht am Genferseeufer, als die ersten Bauarbeiter aus den Bussen steigen. Aus dem ganzen Kanton Waadt sind sie nach Lausanne gereist. Im riesigen Festzelt trinken sie Kaffee, rauchen, spielen Karten. Die Ruhe vor dem Sturm. Es werden mehr und immer mehr. Der Waadtländer Unia-Bauchef Pietro Carobbio ruft der Menge zu: «Heute sind über 4000 Bauleute hier. 95 Prozent der Baustellen im Kanton Waadt sind stillgelegt!» Tösender Applaus.

Die Kollegen in der übrigen Westschweiz haben schon vorgelegt. Und wie! In Genf und Freiburg, in La Chaux-de-Fonds und Neuenburg, und ja, sogar in Sitten rollte im Oktober

die Protestwelle. Nach dem Mittagessen – Gschnätzlets, Reis, Berliner zum Dessert – ziehen Tausende Arbeiter durch Lausanne. Sie skandieren: «50 heures, t'es taré, j'veux pas crever sur l'chantier», «50 Stunden, bist du verrückt, ich will nicht auf der Baustelle tot umfallen».

SPONTANETANZEINLAGE. Bei der Bahnhofunterführung geben einige Búezer eine spontane Tanzeinlage. Beim Sitz des Baumeisterverbands werden sie ohrenbetäubend laut. Und dann, als Höhepunkt, mitten in der Stadt: die Besetzung der Chaudron-Brücke in ihrer gesamten Länge, eine Premiere in der Geschichte der gewerkschaftlichen Proteste. Doch die Waadtländer Bauleute sind noch nicht erschöpft: Eine grosse Delegation fährt am nächsten Tag nach Zürich. (ldu)

Zürich, 6. November: Gschnätzlets & Hård-öpfelstock auf der Bahnhofbrücke

Schon mal mitten auf der Zürcher Bahnhofbrücke einen Zmittag gegessen? Geht nicht? Doch: 4000 Bauarbeiter tun es. Zürich steht für zwei Stunden lang still, weil die Bauleute die Brücke besetzen. Das ist der bisherige Höhepunkt im Bauarbeiter-Protest. Eine logistische Glatzleistung: In Kürze stehen Absperrgitter, Bänke, Tische und die warme Küche da. Mitten auf der Strasse. Und auf einmal sind jene im Zentrum, die jeden Tag dafür chrapfen, dass unsere Infrastruktur funktioniert. Ein Protestessen mit Gschnätzletem und Hård-öpfelstock. Es macht den gestressten Passantinnen und Passanten klar: Ohne die Bauleute geht gar nichts!

AN DEN STRAND. Gekommen sind sie von überall her, aus St. Gallen, Chur, Luzern usw. Mit Trommeln und Trillerpfeifen. Lautstark, unüberhörbar. Vom Lautsprecherwagen schallt eine klare Botschaft: «Liebe Zürcherinnen und Zürcher, wir bauen die Schweiz. Aber wir wollen nicht den ganzen Sommer nur chrapfen. Auch wir wollen an den Strand!» Deshalb müsse ein guter Landesmantelvertrag und eine sichere Rente mit 60 her. Eine fröhliche Bauarbeiterdelegation aus Genf, der Waadt und dem Tessin war auch dabei. Sie bringen Leben in die vornehme Bahnhofstrasse. Arbeiterleben statt Luxuskonsum. Nicht wenige Verkäuferinnen in den teuren Modegeschäften winken ihnen zu. Sie freuen sich, dass endlich etwas läuft. Und dann sagt der Speaker noch: «Uniti siamo forti! Falls nötig, legen wir nicht nur Zürich lahm, sondern die ganze Schweiz.» (rh)



LAUSANNE, 5.11.2018, 15:46



BERN, 1.11.2018, 13:46



ZÜRICH, 6.11.2018, 15:09

Nach dem Bauarbeiterprotest: Werden die Baumeister jetzt vernünftig?

Der Baumeisterverband holt bei seinen Delegierten ein neues Mandat. Er will den Landesmantelvertrag verlängern. Bei Redaktionsschluss ist offen, ob die Delegierten zustimmen. Offen ist auch die Lohnerhöhung. Im Sommer wollten die Baumeister noch 150 Franken bezahlen, nach vier Jahren Lohnstillstand trotz Bauboom. In der letzten Verhandlungsrunde Anfang November sollte es aber plötzlich viel weniger

sein. Unia-Bauchef Nico Lutz: «Das ist ein Versuch, die Reallöhne zu senken.» Er rechnet vor: Die Bauarbeiter zahlen für die Sicherung der Frührente in zwei Schritten durchschnittlich 20 Franken pro Monat. Allein die Teuerung beträgt 1 Prozent pro Jahr. Das macht beim Durchschnittslohn fast 60 Franken pro Monat aus. Die Forderung der Gewerkschaften von je 100 Franken für die nächsten beiden Jahre würde neben

der Teuerung und den Mehrkosten für die Rente 60 eine Realloohnerhöhung von 20 Franken bedeuten. Ende November ist der nächste Verhandlungstermin.

GANZ EINFACH. Unia-Bauchef-Lutz: «Die Lösung liegt auf dem Tisch: Die Bauarbeiter bezahlen die Frührente, erhalten im Gegenzug eine Realloohnerhöhung, und der Bauvertrag LMV wird verlängert.» So einfach wäre das. (rh)

Mehr Lohn für gutes Putzen

BERN. Endlich kann die neue Fachausbildung in der Reinigung starten. Wer die 80 Lektionen absolviert, hat Anrecht auf einen höheren Mindestlohn. Corinne Schärer von der Unia freut sich: «Ein Meilenstein! Dafür haben wir jahrelang gekämpft.» Für einen normalen Putzjob, etwa in Wohnungen oder Firmen, gibt's nach der Ausbildung Fr. 19.80 pro Stunde – 1 Franken mehr als ohne Ausbildung. Nächstes Jahr finden 20 Basiskurse statt. Die ersten Kurse starten am 18. Januar 2019. Mehr Infos: rebrand.ly/ausbildung

Post-Tochter zahlt illegale Dumpinglöhne

GENÈ. Im Schnitt 16 Franken pro Stunde, zum Teil noch weniger: Das verdienen Zeitungsträgerinnen und -träger bei Epsilon in Genf. Doch das ist illegal: Der gesetzliche Mindestlohn im Kanton beträgt 21.20 Franken. Pikant: Epsilon ist eine Post-Tochter. Unia-Mann Alessandro Pelizzari kritisiert, die Post habe zu lange weggeschaut. Erst als die Belegschaft mit Streik drohte, kam Bewegung in die Sache. Jetzt hat die Unia die Genfer Arbeitsbehörde eingeschaltet. Diese hat eine Untersuchung gegen die Post eingeleitet.

Kitas streiken in der Waadt

LAUSANNE. Am 13. November streikten Kita-Angestellte im Kanton Waadt gegen Sparmassnahmen in der Kinderbetreuung. Per 1. Januar wollen die Gemeinden den Betreuungsschlüssel ändern. Die Zahl der Kinder pro Erzieherin soll erhöht werden. Ausserdem sollen Kitas mehr Hilfskräfte statt ausgebildetes Personal einstellen. Dagegen stellt sich auch die Bevölkerung. Am Abend des Kita-Streiks nahmen 9000 Personen an einer Grossdemo in Lausanne teil.

Ex-SGB-Präsident Fritz Reimann mit 94 verstorben

THUN. Er war der Mann mit den buschigen Augenbrauen. Und er hat die Gewerkschaftsbewegung bis in die 1990er Jahre geprägt. Am 7. November ist Fritz Reimann im Alter von 94 Jahren in Thun verstorben. Reimann war Werkzeugmacher und später Berufsgewerkschafter. Zum **Fritz Reimann.** Ende seiner Karriere präsierte er sowohl die Metallgewerkschaft Smu als auch den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB). Reimann stand für eine ganze Generation von Schweizer Gewerkschaftern in den Jahren des Aufschwungs, für die der Glaube an die Vertragspolitik und die Sozialpartnerschaft zentral war, wie der SGB in seinem Nachruf schreibt.



FOTO: KEVSTONE

Das hat Kandidatin Barbara Gysi zu bieten «Die Gewerkschaftsbewegung muss breiter werden»

Für Barbara Gysi ist die Gewerkschaftsbewegung zu einseitig aufgestellt und nur in gewissen Branchen stark. Etwa bei der Eisenbahn oder in der Industrie. Das möchte sie ändern, wenn sie gewählt wird.



RALPH HUG | FOTOS URSULA HÄNE

work: Barbara Gysi, machen Sie bitte einen kurzen Werbespot in eigener Sache: Warum sollen Sie die Delegierten am SGB-Kongress wählen?

Barbara Gysi: Weil ich mich mit aller Kraft für eine überzeugende Gewerkschaftspolitik für alle Lohnabhängigen in diesem Land einsetze. Ich will bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne erreichen. Sehr am Herzen liegt mir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ich bringe 25 Jahre politische und gewerkschaftliche Erfahrung mit und bin in Bundesbern sehr gut vernetzt. Das ist wichtig, weil es sich beim SGB-Präsidium ja auch um eine politische Aufgabe handelt. Und ich möchte die Leute in den politischen Prozess einbinden. Viele an der Basis sagten mir, dass sie dies in den letzten Jahren etwas vermisst hätten.

Und natürlich hat für mich die Frauen- und Lohngleichheitsthematik einen wichtigen Stellenwert. Als Frau habe ich hier einen breiteren Blick, und ich kann diese Aufgabe besser wahrnehmen. In bisher gewerkschaftlich schlecht abgedeckten Bereichen wie der Pflege und der Care-Arbeit habe ich ein grosses Repertoire, das ich einsetzen kann.

Was meinen Sie denn mit Repertoire?

Ich bin ausgebildete Sozialpädagogin und habe im Jugendheim und im Frauenhaus gearbeitet. Als Exekutivmitglied in Wil SG stand ich dem Sozialwesen vor. Daher kenne ich den Pflegebereich, die Spitex usw. sehr gut. Der Sozialbereich hat mich politisch und gewerkschaftlich geprägt. Ich bin auch im Initiativkomitee zur Pflegeinitiative und engagiere mich in der nationalrätlichen Kommission für Sicherheit und Gesundheit (SGK) für genau diese wichtigen Themen.

Wann haben Sie zuletzt einen GAV verhandelt?

Da ich nie in einer Gewerkschaft angestellt war, konnte ich auch nie direkt verhandeln. Aber ich bin Präsidentin der Stiftung Heimstätten Wil, einer Behindertenorganisation mit 120 Mitarbeitenden. Als diese vom Kanton ausgelagert wurde, war es auch in meiner Position als Arbeitgeberin stets das Ziel, einen Gesamtarbeitsvertrag zu erreichen. Das gelang denn auch, der GAV ist seit 2018 in Kraft, und er ist erst der dritte im Sozialbereich in der Ostschweiz.

Und welches war der letzte Streik, den Sie geführt haben?

Wie gesagt, ich war nie in einer Gewerk-

schaft angestellt. Aber ich habe an mehreren Streiks teilgenommen. Ich habe noch den nationalen Frauenstreik von 1991 erlebt. Das war mein politischer Einstieg im Kanton St.Gallen. Bei einem nachbarschaftlichen Apéro kam meine Nachbarin direkt aus einer Streikvorbereitungssitzung und entdeckte das Frauenstreik-Plakat an meinem Küchenschrank. In der Folge haben sie und ich den Gewerkschaftsbund wiederbelebt. Später war ich an mehreren Protestaktionen dabei. Ich erinnere mich an eine Fahrt der Unia durch den Kanton St.Gallen im Jahr 2003 anlässlich des Kampfs um die Rente mit 60 auf dem Bau. Wir blockierten kurzzeitig eine Autobahneinfahrt in Buchs SG und ernteten wüste Beschimpfungen. Es folgten mehrere Protestaktionen gegen die passive Haltung des St.Galler Volkswirtschaftsdepartements in Sachen Lohnkontrollen bei den flankierenden Massnahmen. Ich habe diese teils in meiner Funktion als Präsidentin des kantonalen Gewerkschaftsbunds mitorganisiert.

Was sagen Sie einer portugiesischen Reinigungsfrau, die denkt, dass Streiken in der Schweiz verboten sei?

Streiken ist nicht verboten, sondern es ist ein Recht. Das Problem ist, dass es nicht einfach ist, einen Streik durchzuführen. Viele Leute haben Angst, die Arbeitgeber setzen Druck auf und drohen mit Entlassung. Streik ist das letzte Mittel bei einer Eskalation. Beim Frauenstreik habe ich damals am Arbeitsplatz im Heim einfach gebummelt. Die Jugendlichen mussten sich den Zmorge selber machen. Ich würde der Reinigungsfrau auch sagen, dass ich sie beim Streik begleite, zum Zeichen der Unterstützung und der Solidarität.

Was ist heute das grösste Problem der Gewerkschaftsbewegung?

Sie ist einseitig aufgestellt und nur in gewissen Branchen stark. Etwa bei der Eisenbahn oder teils auch in der Industrie. Aber es gibt weite Bereiche, wo nur wenige organisiert sind. Der Umbruch mit der Digitalisierung, mit den vielen Freelancerinnen und Freelancern in ungesicherten Verhältnissen fordert uns heraus. Wir müssen vermehrt Junge organisieren, zum Beispiel mit einer gezielten Ansprache in den sozialen Medien.

Das geschieht ja bereits, doch die Anwerbung erweist sich oft als schwierig. Welche Massnahmen stellen Sie sich konkret vor?

Vielleicht müssten wir einmal über eine flächendeckende Solidaritätsabgabe reden. Ich weiss, das tönt utopisch, könnte aber ein Versuch sein, den Gewerkschaften die Mittel zu geben, die sie für ihre Aufgabe brauchen. Bei uns im Bundespersonalverband, den ich präsidiere, ist das ein Thema. Es gibt 35 000 Bundesangestellte, und nur ein relativ kleiner Teil davon ist gewerkschaftlich organisiert. Doch wir machen die Arbeit für alle.

Es braucht genügend Ressourcen, um neue Mitglieder in den Gewerkschaftswüsten zu gewinnen. Wie wollen Sie als SGB-Präsidentin vorgehen?

Der SGB ist ein Dachverband. Als Präsidentin ist mein Gestaltungsspielraum be-

Barbara Gysi

Barbara Gysi wurde 1964 in Zürich geboren. Ihr Vater war kaufmännischer Angestellter, die Mutter Verkäuferin. Seit 1991 wohnt sie mit ihrem Partner hoch oben in der Altstadt von Wil SG. Die ausgebildete Sozialpädagogin war zuerst Mitglied beim VPOD und erst später bei der St. Galler SP. Ab 1993 machte sie Karriere: Parteisekretärin (1997), Kantonsrätin und Fraktionschefin (1999), Stadträtin in Wil (2001) und schliesslich – als Nachfolgerin von Paul Rechsteiner – 2011 Nationalrätin. Seit 2012 ist sie auch Vizepräsidentin der SP Schweiz.

Lieblingsbuch: Ben Okri:

«Die hungrige Strasse», ein Roman aus Nigeria.

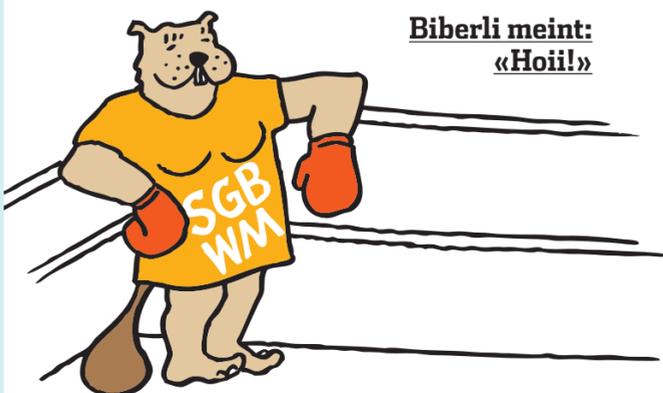
Lieblingfilme: die schrägen Filme von Jim Jarmusch («Down by law»).

Lieblingsschauspielerin: Martina Gedeck («Das Leben der Anderen», «Der Baader Meinhof Komplex»).

Lieblingstier: schwarzer Panther.

Lieblingessen: indisch, natürlich auch richtig indisch scharf.

Biberli meint:
«Hoiii!»



Das hat Kandidat Pierre-Yves Maillard zu bieten «Ich bin für eine politische Praxis, die sich am Resultat orientiert»

Streik, Rente, Lohn, Service public & Gleichstellung: Das will der ehemalige Regiochef der Metallgewerkschaft Smuv und heutige Waadtländer Gesundheitsminister erreichen, wenn er gewählt wird.

MARIE-JOSÉE KUHN | FOTOS MATTHIAS LUGGEN

work: Pierre-Yves Maillard, machen Sie bitte einen kurzen Werbespot in eigener Sache: Warum sollen die Delegierten Sie am SBG-Kongress wählen?

Pierre-Yves Maillard: Ich habe Erfahrung mit Gewerkschaftsarbeit. Als ehemaliger Regioleiter der Metallgewerkschaft Smuv führte ich Verhandlungen, ich legte mich mit dem politischen Gegner an, mit den Patrons, ich organisierte Protestpausen und Streiks. Und ich entwickelte dabei eine politische Praxis, die sich am Resultat orientiert. Die Leute zahlen nicht Mitgliederbeiträge, damit einer vor die Mikrophone tritt und jammert und ideologisiert. Sie zahlen, weil sie konkrete Verbesserungen wollen. Ich will etwas erreichen für die Arbeitnehmenden.

Wann haben Sie zuletzt einen GAV verhandelt?

Das war der Verkäuferinnen-GAV in Lausanne, wir hatten damals erreicht, dass er allgemeinverbindlich erklärt wurde, er galt also auch für alle Modeboutiquen. Mit diesem GAV erreichten wir eine längerfristige Planung der Arbeitseinsätze, weniger Arbeit auf Abruf und einen Minimallohn.

Und welches war der letzte Streik?

Ich begleitete in meinen 4 Jahren als Smuv-Regiosekretär etwa 20 Massentlassungen, alle 3 Monate eine. Das wurde sozusagen zu meiner Spezialität. Wie auch beim Maschinenunternehmen Sapal in Renens. Sie wollten 450 Mitarbeitende einfach auf die

Strasse stellen, doch wir kämpften und streikten und konnten die Firma schliesslich sogar retten.

Mein letzter Streik war wohl aber der bei Metalcolor, einer kleinen Firma im Lavaux mit etwa 120 Mitarbeitenden, die Aluminiumplatten schnitten. Es ging ihnen nicht um mehr Lohn, sie wollten weniger gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen. Sie hatten dort zum Beispiel mobile Aufzüge, die mit Diesel liefen. Ein Arbeiter kam zu mir und zeigte mir sein Taschentuch, nachdem er sich geschneuzt hatte: es war blutig! Auch dort erzielten wir nach zwei aufregenden Streiktagen mehr Lohn, weniger Arbeitsstunden und elektrische Aufzüge!

Was ist heute das grösste Problem der Gewerkschaftsbewegung?

Der Mitgliederverlust – und darüber müssen wir reden. In den letzten vierzig Jahren ist der Organisationsgrad gesunken. Ich bin überzeugt, das muss nicht so sein! Als ich damals Smuv-Regioleiter war, beschäftigte ich mich jeden Tag mit der Mitgliederwerbung. Mein Vorgänger hatte damals

«Wir müssen über den Mitgliederverlust reden.»

1000. Obschon wir zwei Sekretäre weniger waren, machten wir 40 Prozent mehr Eintritte. Wenn wir Siege vorweisen können, dann kommen die Leute auch. Der SGB und seine Verbände brauchen also eine koordinierte Agenda mit erreichbaren Zielen, sagen wir mal über fünf Jahre. Das ist

das eine. Das andere: Wir müssen über die Organisation der Gewerkschaftsbewegung diskutieren können. Sie ist historisch gewachsen, und unsere Gewerkschaften haben sich in bestimmten Branchen entwickelt. Diese verändern sich aber. Auf diese wirtschaftlichen Entwicklungen müssen wir reagieren können. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und gemeinsam im Konsens agieren, nur so können wir in neue Sektoren expandieren und Gewerkschaftswüsten begrünen.

Gehen wir doch mal ein paar Branchen und Sektoren durch – und Sie sagen mir bitte kurz, was dort die Herausforderungen der nächsten Jahre sind. Allons-y!

Was sind die Herausforderungen in der Industrie?

Die Schweiz muss ihren Werkplatz unbedingt behalten. Wir müssen deshalb gegen die Deindustrialisierung kämpfen. Die meisten Schliessungen von Industriefirmen, die wir heute erleben, haben nicht damit zu tun, dass sie nicht mehr rentieren, sondern mit dem Finanzkapitalismus. Mit spekulativen Manövern. Solche Massentlassungen müssen wir mit den Betroffenen bekämpfen. In der Waadt haben wir am Kantonsspital massiv in die Krebsforschung investiert, in die

Immuntherapie. Ich sehe genau dort Möglichkeiten für den Produktionsstandort Schweiz. Es gibt also Industrie-sektoren, die wir weiterentwickeln können, speziell die Biomedizin.

Im Dienstleistungssektor?

Dieser Sektor leidet unter einer Digitalisierungskrise. Sogar die grossen Migros und Coop zwingen ihre Verkäuferinnen, bediente Kassen zu verlassen, um das Self-scanning durchzuboxen. Wir müssen da genau hinschauen, was mit den Arbeitsbedingungen passiert.

In den nächsten Jahren wird es in der Pflege 100 000 Arbeitsplätze mehr geben, vor allem in Heimen und bei der Spitex. Die Spitex entwickelt sich zum Teil wie ein Dschungel, man hat diesen Sektor, in dem vor allem schlechtbezahlte Frauen arbeiten, dereguliert, man holt Pflegerinnen aus ärmeren Ländern, die rund um die Uhr für 2000 Franken in Privathaushalten arbeiten. In diesem prekären Sektor gibt es also ein riesiges Potential für gewerkschaftliche Arbeit.

Und im Service public?

2002 konnten wir die Privatisierung des

Fortsetzung auf Seite 6



Pierre-Yves «PYM» Maillard

Pierre-Yves Maillard ist ein echter 68er, damals im März kam er in Lausanne zur Welt. Als Sohn eines Garagisten. Mit 22 kam der Sozi ins Lausanner Gemeindeparlament, mit 29 ins Waadtländer Kantonsparlament, mit 31 in den Nationalrat, mit 36 in den Waadtländer Regierungsrat. Von 2000 bis 2004 war Maillard Regioleiter bei der Gewerkschaft Smuv. 2011 kandidierte er für den Bundesrat – gegen Marina Carobbio und Alain Berset. Und jetzt, mit 50, will PYM oberster Gewerkschafter werden. Er ist Vater eines Sohnes und einer Tochter und lebt in Renens VD.

Lieblingsbuch: «Germinal» von Emile Zola, «mit diesem mächtigen Stück Literatur wurde ich einst politisiert».

Lieblingsfilm: «Once upon a time in America» von Sergio Leone.

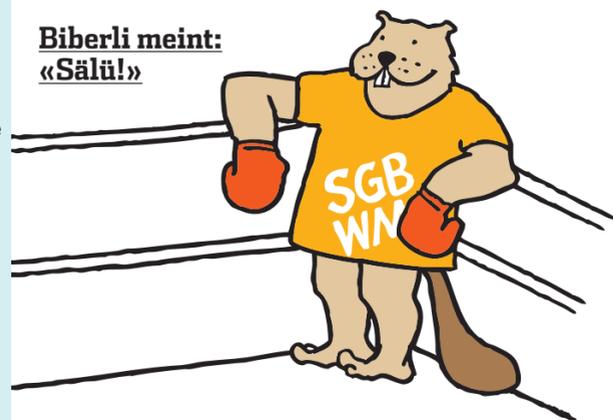
Lieblingstier: das Pferd, aber wir haben nur zwei Katzen.

Lieblingsfarbe: rot für die Politik, sonst blau.

Lieblingsschauspielerin: Ich habe eine Schwäche für Penélope Cruz.

Lieblingessen: alles, ich esse gerne. Besonders gerne gehe ich in ein brasilianisches Restaurant in meinem Quartier einen Rodizio mit Bananas fritas essen.

Biberli meint:
«Sälü!»



«Die Gewerkschaftsbewegung muss breiter werden» Fortsetzung von Seite 4

grenzt. Wir müssen das im Dialog mit den verschiedenen Verbänden erarbeiten, ihre Überlegungen einholen und berücksichtigen. Wenn es eine landesweite GAV-Pflicht gäbe, würde es anders aussehen. Leider sind die politischen Mehrheiten nicht so.

Ich bin ja mit dem freisinnigen Gewerbedirektor Hans-Ulrich Bigler in der Finanzkommission. Den erlebe ich als schlimmen Personalfeind. Es ist mir unverständlich, dass die Arbeitgeber nicht auch ein Interesse daran haben, dass ihre Angestellten geschützt sind. Dass das Gewerbe die flankierenden Massnahmen nicht aktiv verteidigt, ist einfach nicht nachvollziehbar, denn sie profitieren auch davon.

Die Wirtschaft ist im Umbruch, Jobs verschwinden, neue Berufe entstehen. Sagen Sie uns bitte, wie die Gewerkschaften darauf reagieren sollen.

Eine grosse Herausforderung für die ganze Wirtschaft ist die Digitalisierung. Wir müssen dafür sorgen, dass die Arbeitnehmenden eine intensive Weiterbildung und Umschulung erhalten, damit sie mithalten können. Das ist gerade für die älteren Beschäftigten zentral. Beim digitalen Umbau sind Staat und Arbeitgeber gefordert. Ich habe dazu auch zwei Vorstösse für einen Weiterbildungsfonds für über Fünfzigjährige eingereicht.

Weiter finde ich, dass die Gewinne durch die Digitalisierung zwingend in Form von Arbeitszeitverkürzungen an die Arbeitnehmenden verteilt werden sollten. Ich könnte mir gut vorstellen, dass wir da eine Volksinitiative lancieren könnten.

Im Service public häufen sich die Angriffe von rechts. Sie zielen auf den Abbau und die Verschlechterung der öffentlichen Leistungen. Ihr Rezept dagegen?

Auch hier gilt es, die massiv unter Druck stehenden Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Ein Beispiel: Wir konnten beim Bundespersonal den Anspruch auf einen Teuerungsausgleich retten, den die Bürgerlichen aus dem Gesetz streichen wollten. Wenn das gelungen wäre, so wäre dies ein verheerendes Signal an die Kantone und Gemeinden, aber auch an die Unternehmen gewesen. Wir müssen Privatisierungen und Auslagerungen stoppen, welche die Arbeitsbedingungen aushöhlen.

Die Gewerkschaften wehren sich schon lange dagegen. Aber nun wächst auch noch der Druck, zum Beispiel auf die Spitäler.

Für mich gehört das Gesundheitswesen zum Service public. Wir dürfen es nicht zulassen, dass internationale Ketten Spitäler aufkaufen, um Gewinne zu machen. Das neoliberale

Denken in öffentlichen Unternehmungen ist schlimm. Postauto lässt grüssen. Wir haben immer noch ein extremes Lobbying der Privatwirtschaft in diese Richtung. Wo

öffentliche Leistungen im Spiel sind, muss ein Gesamtarbeitsvertrag Pflicht sein. Dazu gehören auch die Medien und die Information. Multimillionäre dürfen nicht bestimmen, was wir in der Schweiz lesen. Ein Grundinformationsangebot für alle soll gewährleistet sein. Die Schweizerische Nachrichtenagentur SDA sollte staatlich mitfinanziert und für alle zugänglich sein. Genauso wie der Wetterbericht von Meteoschweiz muss ich auch SDA-Meldungen jeder Zeit abrufen können.

Ein Einkommen reicht heute häufig nicht mehr, um eine Familie durchzubringen. Zum Teil tun es nicht mal zwei Einkommen. Was kann man da tun?

Mit der Mindestlohnkampagne haben wir viel erreicht. Aber das reicht nicht. Wir brauchen eine neue Kampagne zur Anhebung der tiefen Löhne, vor allem der Frauen. Man muss von einem Lohn leben können. Klar sind soziale Massnahmen wichtig, wie eine Begrenzung der steigenden Prämienbelastung, eine bessere Prämienverbilligung, höhere Kinderzulagen sowie unter Umständen Ergänzungsleistungen für Familien. Grundsätzlich aber müssen wir alles daransetzen, dass die Löhne raufgehen. Es geht nicht, tiefe Löhne durch staatliche Beihilfen zu ermöglichen.



«Ich könnte mir eine Initiative zur Arbeitszeitverkürzung gut vorstellen.»

BARBARA GYSI

Unter solchen Tiefelöhnen leiden vor allem die Frauen ...

Wenn wir Beruf und Familie besser vereinbaren wollen, müssen wir die Angebote für die Kinderbetreuung erhöhen und vor allem billiger machen. Dass Frauen diskriminierende Löhne haben, hat auch damit zu tun, dass sie weniger gefördert werden, mehrfach belastet sind und mehr Unterbrüche im Beruf, weniger Weiterbildung und damit weniger Aufstiegsmöglichkeiten haben. Der SGB muss sich viel mehr mit der nichtbezahlten Haus- und Pflegearbeit befassen. Das war bisher zu wenig auf dem Radar.

Jede erwerbstätige Frau wird im Schnitt um 7000 Franken pro Jahr geprellt, nur weil sie eine Frau ist und wir keine Lohngleichheit haben. Wie kann man das ändern?

Sicher nicht mit einer so dürftigen Vorlage, wie wir sie jetzt im Parlament haben. Wir müssen den Verfassungsgrundsatz endlich durchsetzen, und zwar mit einem griffigen Gesetz. Es braucht flächendeckende Kontrollen, nicht nur beschränkt auf Grossbetriebe. Bei der Lohndiskriminierung der Frauen geht es nicht bloss um die unerklärlichen Lohndifferenzen. Die erklärbaren Lohnunterschiede sind ja noch grösser, und diese sind ein strukturelles Problem. Wir müssen die zu tiefen Löhne in den sogenannten Frauenberufen wie Pflege, Verkauf usw. bekämpfen. Diese müssen rauf.

Die ehemalige SGB-Co-Chefin Christiane Brunner plädierte im work für ein Frauenstreiksekretariat im SGB. Einverstanden?

Ja, da bin ich unbedingt dafür. In den Regionen haben wir nur bedingt Kapazitäten. Der SGB hat ein grosses Interesse daran, bei einem Frauenstreik 2019 eine wichtige Rolle zu spielen. Es braucht wahrscheinlich zwei Personen für die deutsche, eine für die Westschweiz und eine für das Tessin. Die Frage ist, wie wir diejenigen Frauen – und auch Männer – erreichen, die finden, es müsse etwas geschehen, die aber bisher nicht gewerkschaftlich organisiert sind.

Sind Sie für den AHV-Steuerdeal, der in den Gewerkschaften umstritten ist?

Ich habe Ja gestimmt. Es war teils schwierig für die Gewerkschaftsbasis, das nachzuvollziehen. Meine Lehre daraus ist, dass man die Leute besser einbinden muss. Manche fühlten sich vor vollendete Tatsachen gestellt und reagierten wütend. Es ist positiv, dass die AHV 2,1 Milliarden mehr erhält. Wir haben dann Luft bei der Altersreform, ohne dass es Abstriche bei der AHV gibt. Diese soziale Kompensation ist sehr viel wert. Es wäre eine Illusion zu glauben, bei einem Nein erhielten wir letztlich mehr und es gebe keinen Abbau. Die Frauen mit einem höheren Rentenalter wären die Leidtragenden. Ein Nein würde auch den Steuerwettbewerb in den Kantonen noch mehr anheizen. Die Folge wären weitere Sparpakete. Ich hoffe, dass die Vorlage durchkommt.

«Ich bin für eine politische Praxis, die sich am Resultat orientiert» Fortsetzung von Seite 5



«Ich schlage vor, dass der SGB die Lancierung einer Umsetzungsinitiative für Lohngleichheit diskutiert.»

PIERRE-YVES MAILLARD

Strommarktes an der Urne verhindern. Damals stellten wir auch bei Linken fest, dass sie solchen Privatisierungsplänen gegenüber gar nicht so kritisch waren, weil Europa es will. Das ist heute immer noch so. Doch da müssen wir absolut klar sein: Wir brauchen Monopole, bei der Post, bei den SBB, beim Strom. Denn das sind grosse Infrastrukturnetze, und die dürfen wir nicht den Launen des Marktes überlassen. Monopole sind Teil des Service public.

Ein Einkommen reicht heute häufig nicht mehr, um eine Familie durchzubringen. Zum Teil reichen nicht mal zwei Einkommen. Was kann man da tun?

Das ist so, weil die Fixkosten für die Krankenkassenprämien und Mieten seit Jahrzehnten schneller steigen als die Löhne. Bis in den Mittelstand hinein erleben wir deshalb einen markanten Kaufkraftverlust. Zuerst konnten wir diesen Verlust mit einem zweiten Einkommen

«Wir brauchen Ergänzungsleistungen für Familien.»

kompensieren, immer mehr Frauen wurden erwerbstätig. Doch manchmal reicht auch dieses zweite Einkommen nicht mehr aus. Was ist, wenn das so weitergeht? Wir können ja nicht noch die Kinder arbeiten lassen, nur damit wir durchkommen. Wir brauchen die Sozialversicherungen künftig deshalb nicht nur dann, wenn das Einkommen fehlt, wenn wir arbeitslos sind, sondern auch, wenn das Einkommen nicht existenzsichernd ist. Wir brauchen Ergänzungsleistungen für Familien.

Wie soll das funktionieren?

In meinem Kanton haben wir das gemacht, wir haben jetzt 80 Millionen Franken jährlich, mit denen wir an die 22000 Personen unterstützen. Und niemand muss in der Waadt ab nächstem Januar mehr als zehn Prozent des Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwerfen. Für eine typische Mittelstandsfamilie mit einem monatlichen Einkommen von 7000 Franken netto heisst das eine Erhöhung der monatlichen Prämienvergünstigung von 330 Franken. Das haben wir in einem rechtsdominierten Kanton erreichen können, mit Verhandlungen und Volksabstimmungen. Warum soll das nicht auch auf nationaler Ebene möglich sein? Der SGB muss diese Thematik pushen.

Jede erwerbstätige Frau wird im Schnitt um 7000 Franken pro Jahr geprellt, nur weil sie eine Frau ist und wir keine Lohngleichheit haben. Wie kann man das ändern?

Mit Lohnkontrollen und Sanktionen. Und diese verlangen wir wohl am besten mit einer Umsetzungsinitiative. Die Lohngleichheit steht ja schon in der Verfassung, aber sie wird nicht umgesetzt, das ist skandalös. Der Staat zieht sich aus der Verantwortung, und jede Frau muss ihr Recht selber einfordern. Ich schlage vor, dass der SGB diskutiert, ob er nach dem zweiten Frauenstreik 2019 eine Umset-

zungsinitiative für Lohngleichheit lancieren will. Damit dieser Streik auch in etwas Konkretes mündet.

Die ehemalige SGB-Co-Chefin Christiane Brunner hat im work gefordert, dass der SGB ein Frauenstreiksekretariat einrichte und das bisherige Frauensekretariat ausbaue. Einverstanden?

Wenn wir diesen zweiten Frauenstreik wollen, müssen wir uns die nötigen Mittel geben, damit er auch gelingt. Alles andere wäre Blödsinn. Da hat Christiane Brunner vollkommen recht.

Was für ein AHV-Alter werden wir in zehn Jahren haben?

Ich hoffe, immer noch 64 für die Frauen und 65 für die Männer. Und ich hoffe, dass wir bis dann auch eine vorzeitige Pensionierung haben werden für alle, die keine Arbeit mehr haben. Dass wir diese Menschen dann nicht mehr in die Sozialhilfe abschieben müssen. Wir haben in der Waadt ein ganz simples Modell etabliert: Arbeitslose Menschen können bei uns vier Jahre vor dem offiziellen Rentenalter in Pension gehen. Ohne Renteneinbussen. Unsere Auswahlkriterien sind einfach: Wenn eine Person keine Arbeit hat und kein Recht auf Arbeitslosenunterstützung und dazu noch kein allzu grosses Vermögen, dann kann sie vorzeitig eine Rente auf dem Niveau der AHV-Mindestrente plus Ergänzungsleistungen bekommen. Es betrifft übrigens gar nicht so viele Personen, wir haben jetzt, nach sechs Jahren,

«Monopole sind Teil des Service public.»

1300 Haushalte, etwa 2500 Personen, die von diesem Modell profitieren. Das kostet uns ungefähr 30 bis 40 Millionen im Jahr. Rechnet man das auf die ganze Schweiz hoch, würde uns das weniger als eine halbe Milliarde Franken kosten. Das ist weniger als jedes andere Renten-Flexibilisierungsmodell, das bisher vorgeschlagen wurde. Was unglaublich ist an unserem Modell: Die Betroffenen bekommen mehr Geld, als sie bei der Sozialhilfe bekämen, und wir sparen bei der Sozialhilfe massiv Verwaltungskosten ein. Die Einsparungen decken in etwa die Ausgaben.

Wie wollen Sie die AHV längerfristig sichern, wenn immer weniger Erwerbstätige immer mehr Rentnerinnen und Rentner finanzieren müssen?

Als wir die AHV installierten, war das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Pensionierten ungefähr 6 zu 1. Heute hat es sich fast halbiert. Es braucht heute also halb so viele Aktive wie damals. Das Entscheidende ist nämlich die Lohnmasse – und diese ist seit 1959 massiv angestiegen. Deshalb geht es der AHV so gut. Wenn wir jetzt noch Ja sagen zum AHV-Steuerdeal und dann 2 Milliarden für die AHV haben werden, dann könnten wir tatsächlich in zehn Jahren noch das Rentenalter 64/65 haben. Sollte die AHV alle 5 bis 10 Jahre ein Lohnprozent mehr brauchen, um die Renten zahlen zu können, müssen wir sie erhöhen.

Sie sind also für den auch in den Gewerkschaften umstrittenen AHV-Steuerdeal?

Es geht dabei um drei Dinge: das Ende des Spezialstatus für Multis; 2 Milliarden Franken zusätzlich für die AHV und ein Transfer von 1 Milliarde direkter Bundessteuer in die Kantone. Der Rest sind eine leichte Erhöhung der Dividendenbesteuerung und einige Steuererleichterungen für die Firmenforschung. Es wäre schwierig, das abzulehnen. Klar müssen wir in den Kantonen dann den Kampf gegen das Steuerdumping führen. In der Waadt haben wir das durch harte Verhandlungen gemacht. Wir haben einen geringeren Steuereinsatz für Unternehmen akzeptiert – gegen rund 300 Millionen Franken mehr für Familienzulagen, Prämienverbilligung und Krippenzulagen. So konnten wir massive Steuersenkungen für die gut verdienenden Personen verhindern.

Sind Sie vielleicht ein Populist? Ein Links-Populist?

Ich verstehe den Gebrauch dieses Begriffs nicht. Er soll offenbar Leute bezeichnen, die fürs Volk sind und gegen die Eliten. Was soll das? Dann war auch Jesus Christus ein Populist, denn er war gegen die Pharisäer. Der Begriff ist völlig nichtssagend.

Die ungekürzte Version des Interviews finden Sie auf rebrand.ly/workmaillard.



Unia-Chefin Vania Alleva zur Nachfolge Rechsteiner: «Deshalb hat sich die Unia für Maillard entschieden»

« Nach zwanzig Jahren als SGB-Präsident tritt Paul Rechsteiner auf den kommenden SGB-Kongress Ende November von seinem Amt zurück. Für seine Nachfolge stehen mit Barbara Gysi und Pierre-Yves Maillard zwei valable Kandidaturen zur Verfügung.

Der Unia-Zentralvorstand hat sich für die Nominierung von Pierre-Yves Maillard entschieden.

Für eine klare Mehrheit des Unia-Zentralvorstands fielen insbesondere seine lange Verbundenheit mit der Gewerkschaftsbewegung und seine Erfahrungen ins Gewicht. Als Smuv-Regionalsekretär hat er in der Waadt mehrere erfolgreiche Bewegungen eingeleitet.

Er hat auch wichtige politische Aktionen initiiert, so etwa das äusserst erfolgreiche Referendum gegen die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes von 2002. **Für Maillard sprach ebenso der Vertretungsanspruch der Romandie.** Im Präsidialausschuss des SGB stammt gegenwärtig nur eine von neun Personen aus der Romandie. Dies wird der bewegungspolitischen Bedeutung der lateinischen Schweiz in keiner Weise gerecht.

Frauenanliegen sind für die Unia sehr wichtig, auch in unserer eigenen Organisation. Das beweisen wir mit unserem grossen

Engagement für die Gleichstellung und die Frauenrechte. **Wir erhöhen den Frauenanteil in unserer Mitgliedschaft kontinuierlich,** wir haben eine Geschlechterquote in den Führungsgremien, und das Geschlecht ist bei der Besetzung von Führungspositionen immer ein wichtiger Faktor. Auch in der

«Für Maillard spricht seine lange Verbundenheit mit der Gewerkschaftsbewegung.»

SGB-Familie haben Frauen eine immer grössere Bedeutung. Mehrere Verbände werden heute von Frauen geleitet. Dies schlägt sich auch zunehmend in der

Zusammensetzung des SGB-Präsidialausschusses nieder. **Doch für die Nachfolge Rechsteiner gab es nicht nur das Kriterium des Geschlechts zu berücksichtigen.**

Maillards klare strategische Prioritäten für die Zukunft der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung haben auch andere Verbände überzeugt. **So hat Maillard neben der Nominierung durch die Unia auch die Nominierungen durch die Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV und den Gewerkschaftsbund Waadt sowie die Unterstützung durch die Gewerkschaft Syndicom erhalten.»**

Die Wahl des/der neuen SGB-Präsidenten/-in erfolgt am 1. Dezember durch die Delegierten am SGB-Kongress.

VANIA ALLEVA: «Maillard hat uns durch seine klare Strategie für die Zukunft der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung überzeugt.» FOTO: PETER MOSIMANN

INSERAT

Das work-Frauen-Bilder-Lesebuch erzählt und zeigt:

- Der grosse Lohnschiss an den Frauen in Franken und Rappen
- Wie aus Pussyhats auch #MeToo wurde
- Die Schweizer Frauenpower-Ikonen
- Das Frauenwunderland Island
- Das grosse Bundesrätinnen-Schrumpfen
- Auf dem Weg zum zweiten Frauenstreik ...und vieles andere mehr!

Ein Buch so bunt wie die Frauenbewegung!



Jetzt gratis bestellen per Mail an frauen@unia.ch oder brieflich an Unia-Zentralsekretariat, Abteilung VIP, Postfach 272, 3000 Bern 15

Orbán, Le Pen & Co.

Halali gegen Migrationspakt

Wie gewinnt man Wahlen? Mit Ausländerfeindlichkeit. Christoph Blocher macht es seit Jahrzehnten vor. Mit schwarzen Schafen, Messerstechern, Masseneinwanderung. Andere sind gefolgt. Marine Le Pen in Frankreich, Viktor Orbán in Ungarn, Matteo Salvini in Italien. Nun stehen im Mai 2019 Wahlen zum Europäischen Parlament an. Die



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

Rechtsausenparteien bereiten sich seit langem darauf vor. Zwar sind sie gegen die EU. Zwar schreibt die deutsche AfD das europäische Parlament verächtlich nur in Anführungs- und Schlusszeichen. Aber als Propagandaplattform und Geldquelle ist es den Rechtsausen ganz recht. Von Anfang an beschlossen die vereinten Rechtsextremisten, Ausländerfragen ins Zentrum ihrer Kampagne zu stellen. Bloss wie, wenn das Feindbild Asylsuchende verblasst, weil immer weniger kommen?

Ein Trauerspiel mit offenem Ausgang.

MENSCHLICH. Da taucht der rettende Pappkamerad für den Wahlkampf auf, der Ersatz für reale Probleme: die Uno-Deklaration für Migration. Jetzt blasen Fremdenfeinde in ganz Europa zum Halali gegen den sogenannten Migrationspakt. Was beinhaltet diese Wegleitung der Uno? Ihr Ausgangspunkt ist eine Tatsache: Millionen Menschen auf der Welt wandern. Innerhalb des eigenen Landes, in benachbarte Länder und um den halben Erdball. Diese Leute sollen menschlich behandelt werden. Und sie sollen Rechte haben (siehe Artikel rechts). «Skandal» schreien jene, die der Realität der Migration nicht ins Auge sehen wollen. «Der Uno-Pakt ist eine Einladung an die ganze Welt, die Koffer zu packen und zu uns zu kommen», behaupten die vereinten Ausländerfeinde und mobilisieren gegen die Uno-Deklaration.

HETZERISCH. Während sich auf der ganzen Welt über hundert Staaten für die Unterzeichnung im Dezember in Marrakesch vorbereiten, droht halb Europa zu kippen. In Österreich hat die rechtsextreme FPÖ ihre Regierung auf Linie gebracht, diese will nicht unterzeichnen. Salvini will in Italien das gleiche tun. Ungarns Regierung unterschreibt sowieso nicht. Und die AfD, Le Pen & Co. fahren eine hetzerische Kampagne. In diesem ausländerfeindlichen Umzug will die SVP nicht fehlen. Und mit ihr viele Wackelkandidaten der FDP und der CVP. Ein Trauerspiel mit offenem Ausgang.



Stillgelegte Baustellen, laute Bauarbeiter

Über 15000 Bauarbeiter protestierten im Oktober und November in der ganzen Schweiz. Sie kämpfen für ihren LMV, gegen Rentenklau und Lohndumping. Hintergründe, Bilder und Videos:

www.unia.ch/protesttage

Uno-Migrationspakt: Die Rechten laufen Amok

Was drinsteht – und was nicht

Die SVP läuft Sturm, CVP und FDP höselen mit, und Aussenminister Ignazio Cassis fällt seinen Diplomaten in den Rücken: Es geht um den sogenannten Uno-Migrationspakt. Doch was steht eigentlich drin?

CLEMENS STUDER

Er ist – je nach Sprache – gut 30 Seiten lang (rebrand.ly/migrationspakt-deutsch) und war bis zum 13. September den meisten Schweizer Medien nicht einmal eine Kurzmeldung wert: der «Globale Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration».

Am 13. September bot die SVP zur Medienkonferenz auf – und ritt einen Frontalangriff auf den Pakt, der auf der bundesrätlichen Traktandenliste des folgenden Tages stand. Und plötzlich schrieben und sendeten alle über den Pakt – die meisten übernahmen dabei die Interpretation der SVP. Im Vorfeld der Abstimmung über die SVP-Selbstbestimmungsinitiative ein durchsichtiger Coup der Blocher-Partei. Obwohl das eine nichts mit dem anderen zu tun hat.

A propos nichts zu tun: Der UN-Migrationspakt hat auch nichts mit Flüchtlingen zu tun. Im Gegenteil! Denn Menschen auf der Flucht sind explizit ausgeschlossen. Für sie gilt die Genfer Flüchtlingskonvention. Und für sie arbeitet die Uno an einem «Flüchtlingspakt».

PAKT IST NICHT BINDEND

Der Migrationspakt will die Rahmenbedingungen für die internationale Arbeitsmigration definieren. Rechtlich ist das Papier nicht bindend, politisch aber ein wichtiges Signal. Der Schweizer Botschafter in New York, Jürg Lauber, der den Pakt massgeblich mitverhandelt hat, sagt: «Dieses Dokument ist eine Art Handlungsrahmen, um die weltweite Zusammenarbeit bei der Migration zu stärken. Es soll dazu beitragen, das Phänomen der internationalen Migration künftig besser anzugehen.» Die Schweiz hält sich an die übergrösse Mehrheit der im Migrationspakt vorgeschlagenen Massnahmen bereits heute.

WICHTIGE PUNKTE:

● **LEGALE MIGRATION:** Hauptziel des Paktes ist eine «sichere, geord-



HÄ? Selbst Aussenminister Ignazio Cassis scheint nicht zu wissen, worum es im Migrationspakt wirklich geht.

nete und reguläre Migration». Migrantinnen und Migranten sollen also mehr Möglichkeiten erhalten, auf legalem Weg in einem anderen Land zu arbeiten. Insbesondere in Bereichen, in denen Arbeitskräftemangel herrscht, sollen Zuwandernde bessere Chancen auf einen Job erhalten.

● **FAKTEN STATT FAKE NEWS:** Migrationspolitik soll auf Fakten basieren. Darum werden die Staaten aufgefordert, detaillierte Daten zur Zuwanderung zu erfassen.

● **WISSEN UND GELD:** Die Migrantinnen und Migranten sollen zum Aufschwung ihrer Herkunftsländer beitragen. Mit Wissenstransfer und finanziellen Zuwendungen. Heute kosten Geldüberweisungen oft sehr viel, künftig sollen die Gebühren unter drei Prozent betragen.

● **AUSWEISE:** Die Staaten sollen dafür sorgen, dass alle Menschen über Ausweispapiere verfügen. Der Pakt schlägt vor, die Reisedokumente international zu vereinheitlichen.

● **VERSICHERUNGEN:** Wer in einem Land arbeitet, hat dort das Recht auf Zugang zu Sozialversicherungen, der Gesundheitsversorgung und zum Bildungswesen. Arbeitgeber, die das Arbeitsrecht verletzen, sollen streng bestraft werden

– insbesondere in Fällen von Zwangs- und Kinderarbeit.

● **SOVERÄN:** Alle Länder haben weiterhin das Recht, ihre nationale Migrationspolitik selber zu bestimmen.

● **KEIN VERTRAG:** Der Pakt ist kein völkerrechtlicher Vertrag. Das bedeutet: Im Unterschied zur Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention lassen sich aus dem Pakt keine individuellen Rechte ableiten. Niemand kann auf der Grundlage des Paktes vor Gericht eine Klage einreichen.

INTERESSANT

Am 14. Dezember – dem Tag, als der Pakt in die Bundesratssitzung kam, und einen Tag nach dem SVP-Auftritt – erschien in der NZZ ein Interview mit Aussenminister Ignazio Cassis, in dem er ebenfalls am UN-Pakt rummäkelte – obwohl Schweizer Diplomaten massgeblich daran beteiligt waren.

Eben zum Beispiel Botschafter Lauber. Zusammen mit seinem mexikanischen Amtskollegen Juan José Gómez Camacho hatte dieser die langwierigen Verhandlungen geleitet. Aber seinem Chef scheint auch hier das Kuschneln mit der SVP wichtiger zu sein als die Meinung des Gesamtbundesrates und die Guten Dienste der Schweiz.

Migrationspakt: Gewerkschaften aktiv dabei

Der Migrationspakt ist das Ergebnis eines fast 12jährigen Prozesses. Ausgangslage war der «High-Level Dialogue on International Migration and Development» der Uno, in dessen Nachgang das «Global Forum on Migration and Development» (GFMD). Über all die Jahre eng begleitet hat diese Entwicklung Unia-Frau Rita Schiavi im Auftrag der Bau- und Holzarbeiter-Internationale (BHI). Schiavi sagt: «Die internationalen Gewerkschaften haben bei der Entwicklung des Migrationspaktes eine aktive Rolle gespielt.» Mit der zunehmenden Globalisierung, so Schiavi, sei auch bei den Staaten das Bewusstsein gewachsen, der Arbeitsmigration einen globalen Rahmen zu geben, der Herkunfts-, Transit- und Zielländer einbindet.

NUR HEISSE LUFT. Zu den Auswirkungen auf die Schweiz sagt Schiavi: «Im Pakt steht kaum etwas, woran sich die Schweiz nicht sowieso zu halten hat aufgrund bindender Abkommen wie jener von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).» Der Widerstand von SVP und FDP bezeichnet Schiavi als «pure Stimmungsmache». (cs)

Doppelter Tiefschlag für drei Verkäuferinnen im Einkaufszentrum Gäupark SO Gar nicht chic von Chicorée

Nach dem Konkurs der Modekette OVS übernahm das Modehaus Chicorée einige Verkäuferinnen – und entliess sie gleich wieder.

CHRISTIAN EGG

Es klang nach einer guten Nachricht mitten in der Misere: Diesen Sommer, als die italienische Modekette OVS in der Schweiz den Stecker zog und 1180 Mitarbeitende auf der Strasse standen, sprang das Schweizer Modehaus Chicorée ein und übernahm mehrere Filialen von OVS.

Auch im Einkaufszentrum Gäupark im solothurnischen Egerkingen. Fünf Verkäuferinnen durften bleiben und künftig

für Chicorée arbeiten. Klingt gut, ist aber falsch. work weiss: Von den fünf Frauen arbeitet nur noch eine für Chicorée. Eine hat von sich aus gekündigt. Drei wurden entlassen. Und zwar bereits wenige Wochen nach der Über-

«Chicorée hat den drei Frauen keine Chance gegeben, sich zu bewähren.»

DANIELA IANNI, UNIA

nahme. Ende Juli hat Chicorée die umgebaute Filiale neu eröffnet. Schon im August und September sprach die Firma die Kündigungen aus. Für die Ver-

käuferinnen, denen das plötzliche und unschöne Ende von OVS noch in den Knochen sass, folgte gleich der zweite Tiefschlag.

ENTSORGT. Chicorée hat 160 Filialen und über 720 Mitarbeitende. Ein Sprecher schreibt work, man habe sieben Filialen und «über 20» Angestellte von OVS übernommen. Die drei Kündigungen in Egerkingen seien die einzigen, die man ausgesprochen habe. Man habe im Gäupark «auf interne Mitarbeiterinnen zurückgreifen müssen». Die Kündigungen seien «ordnungs-gemäss» erfolgt.

Daniela Ianni von der Unia Solothurn kritisiert



VOM REGEN IN DIE TRAUFE: OVS-Verkäuferinnen verloren gleich zweimal ihren Job. FOTO: KEY

das Verhalten der Modekette: «Chicorée wollte sich als Helferin profilieren. In Egerkingen haben sie das Gegenteil gemacht.» Besonders stossend sei, dass die

Kündigungen so rasch nach der Übernahme erfolgten: «Die Firma hat den drei Frauen nicht einmal im Ansatz die Chance gegeben, sich zu bewähren.»

Der schnelle Aufstieg des Rechtsradikalen Matteo Salvini

«Demokratischer» Staatsstreich in Italien

Innenminister Matteo Salvini hat sich mit Rassismus und Pöbeleien gegen Europa zum starken Mann Italiens gemacht. Hilfe bekam er dabei ausgerechnet aus Brüssel.

OLIVER FAHRNI

Zuerst holten sie den Bürgermeister, Domenico «Mimi» Lucano. Dann begannen die Uniformierten von Innenminister Matteo Salvini, die Migrantinnen und Migranten aus dem kalabrischen Dorf Riace in Lager zu deportieren. Mimi Lucanos Verbrechen bestand darin, dass sein Modell funktionierte. Er hatte Hunderte von Flüchtlingen nach Riace eingeladen, um sein sterbendes Dorf wiederzubeleben.

Das konnte Salvini nicht zulassen. Denn er baut seine Politik auf die Behauptung, nicht etwa die Mafia sei Italiens existentielle Gefahr, sondern die Immigration. Sie zersetze Christentum und die italienische Nation. Dies, obwohl die Zuwanderungszahlen rückläufig sind. Egal, Salvini handelt nach dem Motto: Ist es kein Pro-

Unterwegs zum Autokraten, macht Salvini alles: Migrationsminister, Polizei, Medienminister, Wirtschaftsminister, Aussenminister.

blem, so mache ich eines daraus. Er attackiert die abtrünnigen Bürgermeister und die Hilfsorganisationen, zerstört gelungene Integrationsmodelle, schliesst die Häfen, lässt Tausende im Mittelmeer untergehen, verhängt Ausgangsverbote für Migranten, dekretiert die Schliessung ihrer Läden, deckt rassistische Morde und Übergriffe, hebt die Pressefreiheit aus ...

MARIONETTENSPIELER

Wenn Italien an etwas leidet, dann an der Flucht der Gehirne: Jährlich suchen 50 000 junge Diplomate ihr Glück im Ausland, weil Italiens Ökonomie serbelt (work berichtete: rebrand.ly/gehirneaufderflucht). Aber Salvini hatte vor den Wahlen im März die «grosse kontrollierte (ethnische) Säuberung» versprochen. Jetzt muss er das durchziehen. Dies brachte seiner Partei, der rechtsextremen Lega, bei den Wahlen allerdings nur gerade knapp 17 Prozent der Stimmen ein. Die Lega ist eine merkwürdige Mischung von rassistischen Nord-Regionalisten («Neapolitaner stinken!» sang Salvini an einem Fest), Faschisten und Anhängern eines autoritären Neoliberalismus. Erst ein Regierungsbündnis mit der Protestbewegung Cinque Stelle (M5S), die mit dem Versprechen eines bedingungslosen Grundeinkommens zweimal mehr Stimmen holte, machte Salvini zum Vize-Regierungschef und Innenminister.

Doch nur wenige Monate später ist er zum starken Mann von Italien aufgestiegen. Und zum Anwärter auf die Führung Europas (siehe Artikel unten). Seinen Koalitions-



ANIT-SALVINI-PROTEST DER PIZZAIOLI: «Ich bleibe draussen», steht auf dem Plakat. Und: «Dies ist ein neapolitanisches Lokal, Zutritt für Rassisten verboten.» FOTO: KEYSTONE

partner Luigi di Maio von Cinque Stelle hat er an die Wand gespielt. Leoluca Orlando, der Mafia-Jäger und Bürgermeister von Palermo, sagt es so: «Salvini ist der Marionettenspieler, di Maio die Marionette.» Unterwegs zum Autokraten, macht Salvini alles: Migrationsminister, Polizei, Medienminister, Wirtschaftsminister, Aussenminister. Ein «demokratischer» Staatsstreich.

EU BEDIENT SALVINIS SPIEL

Dass Salvini sich zünftig mit der EU anlegt samt üblen Fake News, lässt Italiener glauben, Europa dränge sie in die Enge. Leute wie der französische EU-Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici, aber auch deutsche Politiker bedienen Salvinis Spiel eifrig mit arrogantem Zungenschlag und Zurechtweisungen. Jetzt lehnte die EU Italiens Budget ab und verlangte ultimativ Nachbesserung. Salvini brüllte zurück. Es werde kein Komma geändert. 5-Sterne-Di Maio hechelte

ihm hinterher. Das Budget enthält Steuererleichterungen für die Reichen (Flat Tax), die Rücknahme des Rentenabbaus und das versprochene Grundeinkommen. Und bricht damit mit der Sparpolitik früherer Regierungen. Dennoch bleibt Italien mit 2,4 Prozent Neuverschuldung unter der von der EU tolerierten Maastricht-Limite (3 Prozent). Aber die Deregulierung der Arbeitsgesetze wird nicht zurückgenommen. Das geplante Grundeinkommen ist inzwischen um die Hälfte eingedampft. Und die Rentenreform ist so mies, dass die Gewerkschaften zum Widerstand rufen. Susanna Camusso, (noch) Generalsekretärin des grossen Gewerkschaftsbundes CGIL, sagt: «Die Regierung redet über die Armen, hilft aber nur den Reichen und nährt den Fremdenhass.»

Indem die EU nun noch mehr Einsparungen erheischt, liefert sie Salvini beste Nahrung für seinen rechtsradikalen Nationalismus.



la suisse existe
Jean Ziegler

DIE SPUR DER STANSER WAFFENSCHIEBER

Ernesto Che Guevara, der argentinische Arzt und Kommandant der bolivianischen Befreiungsarmee, war mit den letzten 18 seiner Guerrilleros in der Quebrada del Yuro, einer engen Schlucht zwischen zwei Bergketten in Südbolivien, eingekesselt. Er wurde gefangen

Ohne den Pilatus-Konzern könnte die saudische Luftwaffe ihren Krieg in Jemen nicht führen.

genommen und in das Schulhaus des Dorfes La Higuera gebracht. Dort erschoss ihn in der Nacht vom

8. auf den 9. Oktober 1967 der Unteroffizier Mario Terán. Mit einem Schweizer Sturmgewehr. Die Firma SIG Schaffhausen hatte es der Killertruppe des bolivianischen Diktators René Barrientos verkauft.

KOMPLIZEN AUS STANS. Die blutige Spur der Schweizer Waffenschieber zieht sich durch die Geschichte der Dritten Welt. Das vorläufig letzte Verbrechen der helvetischen Händler mit dem Tod ist Ende Oktober in Saudiarabien aufgefliegen. Beim Pilatus-Konzern in Stans NW bauen 2000 Angestellte Flugzeuge, die weltweit als Schulungsflugzeuge angepriesen werden. Die meisten von ihnen werden jedoch ausserhalb der Schweizer Grenze mit Bordkanonen und schweren Maschinengewehren zu Kampfflugzeugen umgerüstet.

Die Arroganz der Pilatus-Bosse ist abgrundtief. Im Geschäftsbericht 2017 verkünden sie stolz, dass es ihnen gelungen sei, einen neuen sogenannten Supportvertrag mit der saudischen Luftwaffe abzuschliessen. Im Pilatus-Stützpunkt von Riad steige die Zahl der Mitarbeiter rasant, heisst es weiter.

Sie rüsten nämlich nicht nur die Flugzeuge auf, sondern stellen auch die Trainings-Infrastruktur zur Verfügung. Zum Beispiel die Simulatoren, ein weltweit begehrtes effizientes Produkt schweizerischer Präzisionsindustrie. Beat Gerber ist Sprecher von Amnesty International Schweiz. Er stellt trocken fest: «Ohne intensives Training könnten die Kampfpiloten der saudischen Luftwaffe in Jemen keine Ziele angreifen und Bomben abwerfen.»

Ein Bundesgesetz verlangt, dass Supportverträge mit ausländischen Armeen dem Departement des Äusseren (EDA) gemeldet werden müssen. Der Stanser Konzern hat das jedoch nicht getan. Der neuste Vertrag mit den saudischen Massenmördern datiert von Anfang 2017. Das Bundesgesetz – auch «Söldner-Gesetz» genannt – ist streng. Wer es verletzt, riskiert Haft und hohe Bussen.

100 000 TOTE. Seit März 2015 führt eine Koalition Saudiarabiens mit den Vereinigten Arabischen Emiraten gegen den schiitischen Teil der Bevölkerung Jemens einen fürchterlichen Vernichtungskrieg. Dabei herrscht Arbeitsteilung unter den Massenmördern: Die Vereinigten Arabischen Emirate stellen die Bodentruppen, die Saudis führen den Krieg aus der Luft. Sie bombardieren systematisch Spitäler, Schulen, Schulbusse und Wohnquartiere. Gemäss Uno sind in den vergangenen drei Jahren über 100 000 jemenitische Kinder, Frauen und Männer verwundet oder getötet worden. Es ist zu hoffen, dass Bundesrat und Parlament endlich erwachen und dass die Pilatus-Mogule schleunigst ihre gerechte Strafe erhalten.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor.

Trump-Bannon in Rom: Salvini soll EU-Chef werden



STEVE BANNON: Kümmert sich nach Trump jetzt um Salvini.

Während der französische Präsident Emmanuel Macron mit mehr als 70 Staatschefs das Ende des ersten grossen Völkerschlachtens 1918 und das Friedensprojekt Europa feiert, richtet sich Steve Bannon in Italien ein. Der Mann, der Donald Trump zum Präsidenten machte, hat Wohnsitz in Rom genommen, an der Piazza del Popolo.

Hier, in Matteo Salvinis Italien, hat der Rassist, Ultranationalist («America first») auch

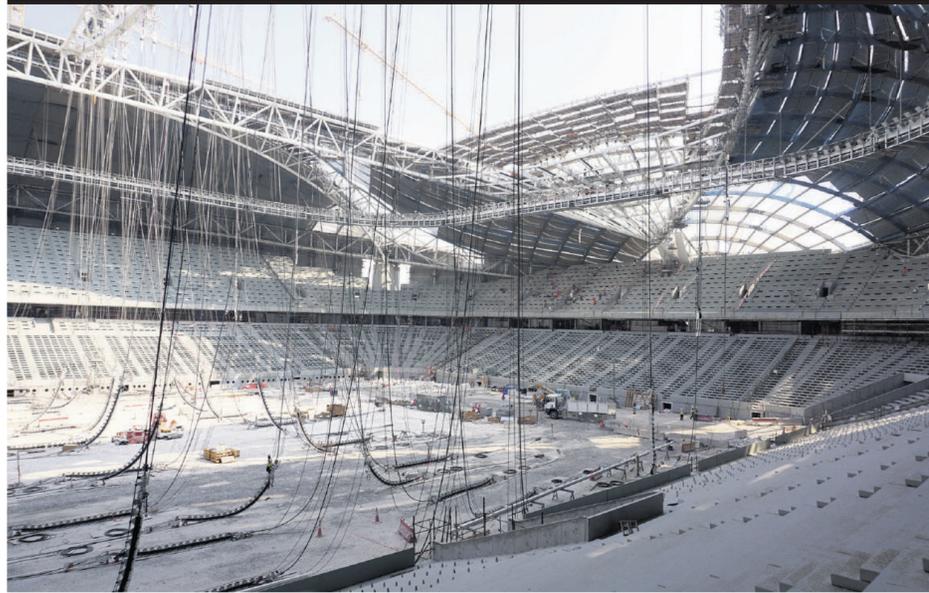
seine neue Kommandozentrale für den Krieg gegen die EU aufgeschlagen. Der Amerikaner, er ist Ex-Banker von Goldman Sachs, will den Kontinent mit einer rechten Revolution überziehen. Ultraliberal, autoritär, antidemokratisch, nationalistisch. Dafür hat er die Organisation «The Movement» geschaffen, mit dem Rechtsextremisten

Salvini soll die EU von innen zerstören.

ziehen. Ultraliberal, autoritär, antidemokratisch, nationalistisch. Dafür hat er die Organisation «The Movement» geschaffen, mit dem Rechtsextremisten

Michaël Mondrikamen aus Belgien, reichlich Geld und Personal. Der Probelauf war die Manipulation des Brexit via Datenkonzern Cambridge Analytica.

DER PLAN. Jetzt soll Matteo Salvini Bannons nächster Trump werden. Er will Salvini zum EU-Kommissionspräsidenten machen, um die EU von innen zu zerstören. Der Italiener hat seine Kandidatur schon angemeldet, die deutsche AfD begeistert. (olf)



KLOTZEN, NICHT KLECKERN. AUSSER BEI DEN ARBEITSBEDINGUNGEN: Die Stadien für die Fussballweltmeisterschaft (links im Bild das Stadion Al Wakrah), die Hochhäuser mit Luxuswohnungen, Edelhôtels und Büros (mittleres Bild: die Skyline von Doha) oder die erste Metro in Katar (rechtes Bild). FOTOS: ZVG (1), PDI (2)

work unterwegs in Katar, wo sich die Scheichs von Arbeitsmigranten ein neues Land bauen lassen

Die im Schatten stehen in der tödlichen Sonne

Katar erfindet sich gerade neu. Als Sport-Emirat, als Touristen-Hochburg, als Kunst-Mekka. Eine work-Reportage.

PATRICIA D'INCAU, DOHA (TEXT UND FOTOS)

Der Stau löst sich. Naseem* gibt Gas. Mit 50, 80, 100 Kilometern pro Stunde jagt das Auto über den Asphalt. Der Teer ist so dunkel, als wäre er erst gestern gelegt worden. Vor dem Fenster fliegt die Welt vorbei: kleine Parks, die Strandpromenade, der Hafen. Herausgeputzt und ausgetrieben. «Die Hitze», erklärt Mila*, eine Filipina, Stadtführerin für einen Tag. 36 Grad sind es draussen, selbst im Herbst. Die Sonne brennt, das Atmen fällt schwer. Im Freien ist nur, wer muss.

SCHAUPLATZ 1: WESTBAY

Naseem biegt ab. Zwischenstop: Al Bidda und Westbay, Katars Schaltzentrale. In der Mitte: der Doha Tower, Spitzname: Phallus-Turm. Mila lacht: «Schau, es ist eindeutig.» Im Herzen Katars steht ein 232 Meter hoher, 46stöckiger Penis.

Wo vor wenigen Jahren noch Wüste war, geschäften heute Ministerien und Banken, Immobilienkonzerne und Handelsorganisationen. Katar hält Anteile an der Credit

Suisse und der Deutschen Bank. Am Rohstoffunternehmen Glencore und der russischen Ölgesellschaft Rosneft. An VW, Porsche und Siemens. Auch Schweizer Luxusshops stehen auf der Liste: Der «Bürgerstock» in Luzern und der «Schweizerhof» in Bern.

Katar ist viermal kleiner als die Schweiz, aber überall dabei: 320 Milliarden Dollar soll der katarische Staatsfonds weltweit investiert haben. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf: fast 125 000 US-Dollar. Mehr Geld hat niemand. Öl und Gas haben den Zwergstaat reich gemacht. Wenn die Quellen versiegen, soll Katar nicht wieder in der Versenkung verschwinden. Deshalb erfindet sich das Land nun neu. Der Kopf dahinter: Tamim bin Hamad Al Thani, Emir und Alleinherrscher. Unter ihm soll Katar zur internationalen Touristendestination werden. Und Doha zur Welthauptstadt des Sports.

An dieser Zukunft wird gerade für 220 Milliarden Dollar gebaut: Apartmenthäuser für reiche Ausländer, Strassen und Schienennetze, acht Fussballstadien, sogar eine ganze Stadt: Lusail City, wo am 21. November 2022 die Fussball-WM angepfiffen wird.

Damit will das Emirat im Ausland Eindruck machen. Doch das Image ist ramponiert. Berichte von toten Arbeitern, desolaten



Unterkünften und beschlagnahmten Pässen machen Schlagzeilen (siehe Text rechts).

SCHAUPLATZ 2: KATARA – THE PEARL

Raus aus Westbay, weiter westwärts, pflügen Männer in Leuchtwesten die Wüste um. Nepalesen und Bangalen, Inder und Pakistaner. Ein Helm auf dem Kopf, ein feuchtes Tuch vor dem Mund. Für rund sechs Franken Tageslohn bauen sie Katars Luxusprojekte.

Dazu gehört Katara, das Kulturviertel des Landes. 100 Hektaren Prunk. Wiege des Doha-Filmfestivals und des arabischen Literaturpreises. Galerien gibt es hier und eine Oper. Ein Amphitheater aus Marmor und ein Einkaufszentrum für Kinder. Gebaut als überdimensionales rotes Packli mit goldener Schleife. Die Werbung verspricht pulsierendes Leben. Die Realität: eine Handvoll weisser Golfwägelchen, die einsam ihre Runden

drehen. Vor dem italienischen Luxusrestaurant steht ein einziger Mensch, traditionelles weisses Gewand, weisser Turban, akkurater Bart: der erste Einheimische, ein Katarer.

Stadtführerin Mila erzählt auf der Weiterfahrt: «Die meisten Katarer schlafen den ganzen Tag.» Von 2,7 Millionen Menschen, die in Katar leben, sind nur gerade 300 000 Staatsangehörige. Die anderen: Arbeitsmigrantinnen und -migranten, meist aus Indien und Nepal, Bangladesh und Pakistan. Von den Philippinen und immer mehr auch aus Westafrika. Sie halten Katar am Laufen, dürfen das Land bis vor kurzem nicht ohne Erlaubnis verlassen. So lange, bis sie ihren Arbeitsvertrag erfüllt hatten. In der Regel: 2 bis 5 Jahre. Das ist Teil des «Kafala»-Systems, oder wie Gewerkschaften lange kritisiert haben: moderne Sklaverei. Die Einheimischen profitieren. «Sie müssen nicht arbeiten», sagt



MILLIONEN-JACHTEN: Jachthafen mit venezianischer Brücke auf der künstlich angelegten Insel «The Pearl».



ZEHNTAUSENDE WÜSTEN-BETTEN: In solchen kargen Barackenlagern in der Wüste müssen jene leben, die das neue Katar bauen.

Mila. Und wenn sie es doch tun, dann als Beamte oder als CEO. Eher eine Alibifunktion. Denn: Unternehmen, die in Katar Geschäfte machen wollten, mussten bis vor kurzem einen einheimischen Co-Chef haben.

Katarer sind reich, so oder so. Der Staat kümmert sich. Gratis Bildung, gratis Gesundheitsversorgung im In- und Ausland, keine Steuern. Auch Familienzuwachs wird belohnt. Mila erzählt: «Wenn das Kind ein Junge ist, bekommt die Familie ein Stück Land und einen Landrover geschenkt.» Und bei Mädchen? Mila lacht: «Die sind etwas weniger wertvoll.»

Naseem steuert «The Pearl» an. Die Perle. Eine künstliche Insel, aufgeschüttet am nordöstlichen Zipfel von Doha. Luxuswohngedend mit Jachthafen, Hochhäusern mit geschwungenen Fenstern, bunten Häuserzeilen und venezianischen Brücken. Men-

schen in gelben und grünen Westen putzen die Fenster und fegen die Strassen. Migranten, die das Viertel vorbereiten. Für die Nacht, wenn die katarische Jeunesse dorée kommt, um ihre Ferraris und Porsches auszuführen.

SCHAUPLATZ 3: CORNICHE

Auf der anderen Seite der Bucht gibt es weniger Luxus. Der Abend bricht an. Fischer sitzen am Hafen, vom Golf her weht ein leichter Wind. Die Corniche, die sieben Kilometer lange Strandpromenade, beginnt sich zu fühlen. Es sind vor allem Männer. Arbeiter, die Feierabend haben. An der Corniche spielt ihr soziales Leben. Denn: Hiersein kostet nichts. Zwölf Männer jagen einem Fussball hinterher. Ayub* und Sayan* spazieren vorbei. Junggesichter, leichter Bartwuchs. Anfang zwanzig sind die beiden. Aus Nepal, wo 40 Prozent der Bevölkerung in Armut leben. Nach Katar gekommen sind sie mit der Hoffnung auf Arbeit und Geld. Gelandet sind sie in einer Dreizimmerwohnung, mit rund 30 anderen Männern.

Ähnlich wie Mubarak*, der ein Stück weiter auf einem Mauerchen sitzt. Er ist älter, schlägt sich mit Gelegenheitsjobs durch. Mal als Bauarbeiter, mal als Maler. Egal, wie heiss es ist: Pausen gebe es auf dem Bau nicht und auch kein Trinkwasser. Trotz Temperaturen von bis zu 50 Grad im Sommer.

Mit Helm und Leuchtweste unter dem Arm warten sie dort auf den Bus, der sie in die Wüste bringt. In eines der Barackendörfer, in denen sie zu Tausenden wohnen. Nicht Monate, sondern oft Jahre. Jene, die Glück haben, haben Internet, um mit der Familie zu telefonieren. Den anderen bleiben ein paar Stunden Schlaf, bis es wieder weitergeht unter der brennenden Sonne. Mit dem Bau an Katars glänzender Zukunft.

«Ich bin seit 16 Jahren hier», erzählt er. Seine Tochter hat er bisher ein einziges Mal gesehen. Die Besuche zu Hause, in Bangladesh, lassen sich an einer Hand abzählen. Denn: Jede Reise kostet Geld, das die Familie anderweitig gebrauchen kann. Um mehr zu verdienen, geht Mubarak Risiken ein. Früher hatte er einen festen Arbeitsvertrag, heute sucht er seine Aufträge selber. Das ist illegal. Wer in Katar arbeitet, muss an einen Arbeitgeber gebunden sein.

Die Arbeiter leben in Barackendörfern.

Wird er erwischt, wird er ausgeschafft. Das nimmt Mubarak in Kauf – für ein paar katarische Riyal mehr Tageslohn, die er bei Verhandlungen rauschlagen kann. Und für ein Stück Freiheit. In der Stadt zu wohnen, zum Beispiel. Und abends an die Corniche gehen zu können, während sich die anderen Bauarbeiter am Strassenrand versammeln.

Mit Helm und Leuchtweste unter dem Arm warten sie dort auf den Bus, der sie in die Wüste bringt. In eines der Barackendörfer, in denen sie zu Tausenden wohnen. Nicht Monate, sondern oft Jahre. Jene, die Glück haben, haben Internet, um mit der Familie zu telefonieren. Den anderen bleiben ein paar Stunden Schlaf, bis es wieder weitergeht unter der brennenden Sonne. Mit dem Bau an Katars glänzender Zukunft.

Dank dem Druck der Gewerkschaften: Endlich Sicherheit auf den WM-Baustellen

Mehr als 7000 tote Bauarbeiter würde es bis zur Fussball-WM 2022 geben. Das rechnete der Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) vor drei Jahren vor. Danach ging es in kleinen Schritten vorwärts. Zumindest auf den Stadion-Baustellen. Die Arbeitssicherheit ist gestiegen, die Löhne werden bezahlt, Bützer können ihre Rechte einfordern. Und: Ausländische Gewerkschaften führen Inspektionen durch. Dank einem Abkommen zwischen der Internationalen Baugewerkschaft (BHI)

und dem Supreme Committee, das für den Bau der WM-Infrastruktur zuständig ist. Ein Erfolg!

MEHR RECHTE. Für die Bützer ausserhalb der WM-Stadien ist die Lage noch immer prekär (siehe unten). Rechtlich gibt es nun aber Verbesserungen. Ende Oktober wurde das Ausreiseverbot gestrichen. Bis dahin durften Arbeiter Katar nicht ohne Erlaubnis verlassen, als Teil des «Kafala»-Systems. Seit kurzem gibt es eine neue staatliche Stelle

für Beschwerden. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist seit April in Doha vertreten. Und: Erstmals haben auch Hausangestellte Rechte.

Unia-Frau Rita Schiavi freut sich: «Der gewerkschaftliche Druck hat gewirkt!» Die Unia hat die BHI-Arbeit in Katar von Beginn an unterstützt. Finanziell, aber auch vor Ort (work be-richtete: **rebrand.ly/Poller-Schwitter**). Für Schiavi ist klar: «Jetzt müssen sich Arbeiter in Katar auch endlich organisieren dürfen.» (pdi)

Arbeiten in Katar: Ein Kranführer und ein Stromer sagen, wie's ist

Amal*, Kranführer aus Indien:

«Die letzten sieben Jahre habe ich für QDVC gearbeitet. Das ist ein internationales Bauunternehmen. Die Arbeitsbedingungen waren verhältnismässig gut, denn: QDVC hat eine Vereinbarung mit der Internationalen Baugewerkschaft. Wir haben Sicherheitstrainings bekommen. Und wir konnten Probleme ansprechen. Früher zum Beispiel hatten wir keine festgeschriebenen Löhne. Dagegen konnten wir uns wehren. Mein Vertrag mit QDVC ist aber ausgelaufen. Jetzt arbeite ich für ein katarisches Unternehmen. Die Arbeit ist gefährlicher und der Lohn tief. Ich verdiene 800 Riyal (rund 220 Franken) im Monat. Für einen **Zehn-Stunden-Arbeitstag, sechs Tage in der Woche.** In unserem Camp wohnen etwa 3000 Arbeiter. Wir haben keine Freizeitmöglichkeiten, nicht einmal Sport machen können wir. In den Zimmern ist es eng: **Zehn Arbeiter schlafen in einem Raum.** Laut Gesetz dürfen es eigentlich nur vier sein. Aber als wir das angesprochen hatten, wurde uns gedroht: «Wenn ihr euch beschwert, dann kommen noch zwei weitere Arbeiter zu euch ins Zimmer.» Und das ist passiert. Sie haben ein weiteres Bett reingestellt. Du kannst nichts offen ansprechen. Du musst einfach damit leben. **Wenn du dich beschwerst, dann riskierst du, aus-geschafft zu werden. Ich fühle mich wie im Gefängnis.»**



Dany*, Elektriker aus Nepal:

«Ich bin nach Katar gekommen, weil ich in Nepal zwar einen Job bekommen hätte, aber immer nur für eine kurze Zeit. **Es ist nicht so, dass die Arbeit hier besser ist – aber ich habe wenigstens einen festen Vertrag.** Organisiert hat das eine Agentur, die Arbeiter im Ausland anwirbt. Sie besorgt dir ein Visum, dafür zahlst du etwa 600 bis 700 Dollar. Das heisst: **Noch bevor du in Katar ankommst, hast du schon Schulden.** Die muss du dann zuerst einmal abbezahlen. Mein Durchschnittslohn hier ist etwa 1090 Riyal (rund 300 Franken) pro Monat. Es gibt aber eine Menge Arbeiter, die nur 650 Riyal (rund 177 Franken) bekommen. Vielen Kollegen geht es psychisch nicht gut, sie sind deprimiert, haben grosse Probleme und bekommen ihren Lohn nicht. Es gibt auch Tote. **Im Sommer sind in unserem Camp mehrere Arbeiter an einem Herzinfarkt gestorben.** Einer ist schlafen gegangen und einfach nicht mehr aufgewacht. Ein anderer ist nach der Arbeit zusammengebrochen. Ob das mit der Hitze zu tun hatte, wurde nicht untersucht. Es heisst einfach: Das war ein natürlicher Tod. Ein weiterer Arbeiter ist im Spital gestorben. Ich bin dorthin gegangen, danach zur Botenschaft und zu verschiedenen Organisationen. Um sicherzustellen, dass sein Körper nach Nepal zurückgeführt wird, zu seiner Familie. Zumindest das konnte ich noch für ihn tun.»



Arm, hungrig und missbraucht: Migrantinnen und Migranten in Katar erleben den Horror. Aber ein neues Gesetz gibt Hoffnung. Der stille Aufstand der mutigen philippinischen Hausangestellten

Mehr als 170 000 Migrantinnen und Migranten arbeiten in Katar als Hausangestellte, Gärtner und Chauffeure. Vor allem Frauen aus Süd- und Südostasien. Lange waren sie ihren Chefs schutzlos ausgeliefert. Jetzt wehren sie sich.



NIIEVA: «Zu wenig Essen, zu wenig Lohn.»

Nieva* (48), Philippinen:

«Meine Schwiegertochter ist als Hausangestellte hier. So wie ich. Ich mache mir grosse Sorgen um sie! Ihre Madame schreit sie an, die Kinder schlagen sie. Und an ihrem freien Tag wird sie in ein anderes Haus gebracht, um zu arbeiten. Zu einer Schwester der Madame. Dort muss sie putzen, waschen, bügeln. Stundenlang. Sie ruft mich an und sagt: «Mama, kannst du mir Essen bringen? Ich bin so müde und hungrig.» Um 1 Uhr nachts! Die Küche wird abgeschlossen, damit sie sich nichts zu Essen holen kann. Es ist schrecklich.

Die Madame rückt den Ausweis einfach nicht heraus.

Nur mit einem Panadol und einer Salbe. Sie musste sofort wieder arbeiten. Sie hatte keine Wahl. Weil die Schmerzen geblieben sind, habe ich sie zu einem Privatdokter gebracht. Das hat mich 350 Riyal gekostet – ich ver-

diene 1500 Riyal (rund 400 Franken) im Monat. Aber das war es mir wert. Ich wollte wissen, was los ist.

Bis jetzt hat meine Schwiegertochter keine Gesundheitskarte und keine Identitätskarte. Die Madame hat sie ihr einfach nicht gegeben. Das ist sehr gefährlich. Denn: Wer ohne ID in eine Polizeikontrolle gerät, wird bestraft.

Wie meine Schwiegertochter behandelt wird, ist verboten. Sie muss jetzt einen Ausweis haben. Sie muss Zeit haben, um sich auszuruhen, sie muss Ferien haben. Das steht jetzt endlich im Gesetz. Wir müssen das durchsetzen.»



SAYA: «Viele werden misshandelt.»

Saya* (49), Philippinen:

«Ich bin vor 15 Jahren nach Katar gekommen. Das war hart. Meine Kinder waren noch zu klein, um zu begreifen, warum ihre Mutter weg ist. Aber es ging nicht anders. Wir brauchen das Geld.

Vielen Frauen hier geht es ähnlich. Zusammen mit ein paar Freundinnen habe ich deshalb eine Facebook-Gruppe gegründet. So helfen wir einander. Und wir versuchen, das neue Gesetz bekanntzumachen.

Aber wir schaffen es nicht, alle zu erreichen. Es gibt viele, die im Haus eingesperrt sind

und ihr Smartphone abgeben müssen. Oft bekommen die Frauen zu wenig Lohn und zu wenig Essen. Manchmal werden sie auch einfach wieder nach Hause geschickt. Ihre Chefs sagen ihr, sie würden ins Einkaufszentrum gehen, und fahren stattdessen an den Flughafen. Dort wird die Frau in das nächste Flugzeug gesetzt. Von einem Moment auf den anderen steht sie da, ohne Arbeit und ohne Lohn. Nur mit dem, was sie am Leib trägt.

Über eine Facebook-Gruppe sind die Frauen vernetzt.

Viele Hausangestellte werden misshandelt. Vor einiger Zeit hat sich eine junge Frau bei mir gemeldet. Sie wurde von ihrem Arbeitgeber zum Oralsex gezwungen. Sie wollte sich das Leben nehmen. Ich habe die philippinische Botschaft informiert. Alles lief im stillen ab. Denn: Hier in Katar müssen wir vorsichtig sein bei dem, was wir tun. Auch ich könnte ausgeschafft werden.

Später habe ich von dieser jungen Frau die Nachricht erhalten: «Ich bin wieder zu Hause. Ich danke dir so sehr! Ich konnte helfen. Das macht mich glücklich. Vielleicht habe ich ihr das Leben gerettet.»

* Alle Namen auf dieser Doppelseite sind der Redaktion bekannt.



Deregulierung extrem Arbeiten bis 22.30 Uhr?

Nein. Nein. Und nochmals nein. Dreimal in den letzten 12 Jahren hat das Stimmvolk im Kanton Luzern längere Ladenöffnungszeiten abgelehnt. Aber Franziska Bitzi, CVP-Finanzdirektorin der Stadt Luzern, will den Volksentscheid nicht akzeptieren. Sie will die ganze Altstadt zur Tourismuszone erklären. Dann dürften die Läden bis 22.30 Uhr offen haben. Und am Sonntag bis 20 Uhr.

Das hätte gravierende Folgen. Fürs Personal, das ständig Abend- und Sonntagsarbeit verrichten müsste. Aber auch für Luzern, sagt Giuseppe Reo von der Unia Zentralschweiz: «Profiteure würden nur grosse Shoppingcenter und Bijouterien. Klein- und Familienläden würden verdrängt.»

KOMPROMISS. Die Gewerkschaften und der Detaillistenverband legen jetzt einen Kompromiss auf den Tisch: Die Läden dürften am Samstag bis 17 Uhr offen bleiben statt bisher bis 16 Uhr. Dafür fele einer der zwei Abendverkäufe unter der Woche weg. Jetzt liegt der Ball bei der Stadt. Sollte sie ihren extremen Plan wirklich durchziehen, wollen Gewerkschaften und Detaillisten juristisch dagegen vorgehen. (che)

Die Detailhändler tun alles, um den Angestellten das Fest zu vermiesen Freue dich, Christkind kommt bald!



WEIHNACHTSWAHNSINN: Schätige Lohnerhöhung, dafür an Heiligabend chrapfen lassen. Geht es nach den Detailhändlern, wären dies fröhliche Weihnachten. FOTO: ISTOCK

HOPPLA! Da haben sogar die Coop-Chefs gemerkt, dass das nicht geht. An Heiligabend wollten sie die Läden in Zürich bis 20 Uhr offen halten. Nicht nur die an Bahnhöfen, sondern auch über zehn Filialen in Quartieren.

Klar. Welche Verkäuferin will schon Weihnachten feiern? Kerzen anzünden? Mit der Familie essen, nach der hektischen Vorweihnachtszeit etwas zur Besinnung kommen? So was von uncool. Da ist es doch viel weihnachtlicher, noch ein paar Stunden mehr an der Kasse im Neonlicht abzusetzen oder beim Self-Checkout die Teenager vom Klauen abzuhalten.

ABER EBEN, HOPPLA! Die Angestellten sahen das anders. Und offenbar auch viele Kundinnen und Kunden. Also krebste Coop wieder zurück. Wegen des «Ärgers unserer Kunden und unserer Mitarbeitenden», so ein Coop-Sprecher gegenüber «20 Minuten». Diesen Ärger, so der Sprecher plötzlich, «verstehen wir voll und ganz». Jetzt sollen die Läden «zwischen 16 und 18 Uhr» schliessen. Ausser die an Bahnhöfen und am Flughafen.

WOW, WIE CHRISTLICH! So sind die Verkäuferinnen an Heiligabend tatsächlich schon um sieben Uhr zu Hause. Reicht ja locker, um fürs Fest ein Fertiggulasch von Fine Food aufzuwärmen und einen Sack Prix-Garantie-Pommes-Chips aufzureissen.

485 Millionen Gewinn machte die Coop-Gruppe im letzten Jahr, ein Plus von 2,2 Prozent. Der Umsatz stieg sogar um 3,1 Prozent. Trotzdem gewährt sie ihren Angestellten keine generelle Lohnerhöhung. Und weil die Jahnsteuerung, konservativ geschätzt, etwa bei 0,9 Prozent sein wird, machen jene Verkäuferinnen und Verkäufer, die nichts bekommen, nächstes Jahr sogar hinderschi beim Lohn. Noch einschneidender: Die Coop-Pensionskasse erhöht die Lohnabzüge um 0,7 Prozent.

ABER HALT! Wer nun denkt, die Migros sei ein M besser, täuscht sich gründlich. Bei einem Gewinn von 503 Millionen denkt auch der orange Riese nicht daran, allen mehr Lohn zu geben. Sondern nur individuell, ähnlich wie Coop. Und auch die Migros dreht bei den Ladenöffnungszeiten an der Würge-Schraube, vor allem in der Westschweiz. Im Kanton Waadt zum Beispiel sind die Läden seit letztem Jahr bis 20 Uhr offen. Obwohl 62 Prozent der Angestellten dagegen waren.

Geht sich das? Gehört die Migros denn nicht mehr allen? Hört, hört! Hört nur, wie lieblich es schallt. Freue dich, Christkind kommt bald! CHRISTIAN EGG

workfrage: An Heiligabend chrapfen? Finden Sie das richtig?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.
E-Mail oder Brief an:
work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Bin Salman, Amazon & Co.: Der digitale Kapitalismus als Waffe

Im digitalen Kapitalismus haben Google, Facebook und Amazon ein unheimliches Monopol. Zusammen mit den Geheimdiensten wissen sie mehr über uns als wir selber.

Wenige träumen von einer rosa Zukunft im digitalen Kapitalismus, andere packt jetzt schon der Horror: Denn der technische Fortschritt bedeutet heute Tod, Kontrolle und Mehrwertabschöpfung:

Trauma 1: Die Budgets der US-amerikanischen Geheimdienste betragen pro Jahr mehr als 30 Milliarden Dollar. Sie zeichnen jedes Telefongespräch auf, überwachen den gesamten E-Mail-Verkehr und schnüffeln mit immer raffinierteren Trojanern auf unseren Festplatten herum. Die USA lieben den American Football und halten nichts von Soccer. Auch deshalb sind die Fussballverbände Uefa und Fifa in ihrem Visier. Und deshalb bekamen die Investigationsjournalisten des «Spiegels» und des «Tages-Anzeigers» 70 Millionen Dokumente zugespielt. Dank diesen wissen wir jetzt: Bayern München wollte die Bundesliga verraten. Paris St-Germain wurde rechtswidrig geschont. Der Capo Gianni Infantino kastrierte die Fifa-Ethikkommission samt ihrem Codex. Und: Der Oberwalliser Staatsanwalt Rinaldo Arnold durfte Infantino zu Bundesanwalt Michael Lauber begleiten. Und erhielt im Gegenzug Gratisgeschenke. Die müssen bei der

Uefa und der Fifa schön blöd sein, das auch noch schriftlich festzuhalten.

Trauma 2: Mindestens so blöd sind die Saudis. Ein fünfzehn Mann starkes Spezialkommando hat im saudischen Konsulat in Istanbul den Journalisten Jamal Kashoggi erdrosselt. Danach seine Leiche in Teile zersägt. Und die einzelnen Leichteile in Säure aufgelöst. Der türkische Geheimdienst hat alles mitgehört und mitgefilmt. Und seit einigen Wochen jagt der türkische Staatspräsident Recep Erdoğan die Saudis mit immer neuen Teilenthüllungen durch das Unterholz. Nur den Saudi-Kronprinzen Mohammed bin Salman lässt Erdoğan bisher aussen vor. Denn Pack schlägt sich und verträgt sich kurz darauf wieder.

Trauma 3: Google, Amazon & Co. wissen oft mehr über uns als wir selber. Nächstens werden sie uns vorschlagen, was wir kaufen sollten und mit grosser Wahrscheinlichkeit



ÜBERWACHTER ÜBERWACHT: Der saudische Kronprinz Mohammed bin Salman pflegt gute Beziehungen zu US-Präsident Donald Trump. FOTO: THE WHITE HOUSE

auch kaufen werden. Und für jede Käuferin, jeden Käufer errechnen ihre Algorithmen den eigenen, optimalen Preis. Optimal für das Kapital.

Trauma 4: In China benutzt die kommunistische Partei den Kapitalismus, um zur stärksten Volkswirtschaft der Welt zu werden. Oder umgekehrt. So genau wissen wir das nicht. Bestand-

teil der Strategie ist die totale Überwachung der Bürgerinnen und Bürger durch den Staat und somit durch die Partei. Nur wer pariert, wird belohnt.

Wir müssen die faktischen Monopole von Google, Facebook und Amazon zerschlagen. Und es braucht gläserne staatliche Verwaltungen. Zu viel Optimismus scheint zurzeit leider nicht angezeigt.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/infosperber Täglich sind mehr als 13000 Internette auf Infosperber unterwegs. Es lohnt sich. Bereits zu Beginn dieses Jahres berichtete der Journalist Peter G. Achten darüber, was auf die Chinesinnen und Chinesen in Sachen Überwachung zukommt.

● rebrand.ly/taz Trost spendet den Freundinnen und Freunden des Fortschritts für einmal die TAZ: «Unter kapitalistischen Bedingungen bedeutet technischer Fortschritt nicht zwingend sozialen Fortschritt – es kann sogar ins Gegenteil umschlagen. Um dies zu verstehen, lohnt es sich weiterhin, Marx zu lesen. Seine genauen Analysen bewahren davor, voreiligen Untergangsszenarien, wie Mason sie formuliert, zu folgen. Gegenüber solchen Schnellschüssen bleibt deshalb im Anschluss an Marx die Erkenntnis, dass der Einsatz für eine Digitalisierung, welche die Lebensbedingungen der Menschen verbessert, notwendig mit der Kritik an der kapitalistischen Konkurrenz- und Verwertungslogik verbunden bleiben muss.» Immerhin.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «Rosa Zukunft»: www.workzeitung.ch

Solidar Suisse testet Arbeitsbedingungen bei chinesischen Lieferanten

Die dreckigen Pfannen von Migros und Coop

Zum zweiten Mal hat das Hilfswerk Solidar Suisse heimlich die Arbeitsbedingungen in Fabriken in China untersucht lassen, die Pfannen für die Schweiz produzieren. Das Ergebnis: Es hat sich einiges verbessert – aber vieles nicht.

MICHAEL STÖTZEL

Ein Problem schaffen sich die chinesischen Firmen, die für den Weltmarkt fertigen, selbst: Bei den miserablen Bedingungen in ihren Werkhallen und den schlechten Löhnen, die sie bieten, müssen sie alle nehmen, die sich auf Arbeitssuche vor den Fabrikatoren melden. So ist es relativ einfach, in diesen Unternehmen zu «wallraffen»: Nach dem Vorbild des deutschen Journalisten Günter Wallraff schleichen sich Rechercheure in die Fabriken ein, um herauszufinden, wie dort gearbeitet und was bezahlt wird.

Für solche Aktionen international bekannt geworden ist die New Yorker Gruppe «China Labor Watch» (CLW). Seit bald zwanzig Jahren veröffentlicht sie Berichte über die skandalösen Zustände bei chinesischen Lieferanten für Elektronik- oder Sportartikelriesen, für den Spielzeug- oder Haushaltsgeräthandel.

NACHKONTROLLE

Im Auftrag des gewerkschaftsnahen Hilfswerks Solidar Suisse nahmen sich CLW-Leute Anfang dieses Jahres zum zweiten Mal nach 2016 vier Fabriken vor, die Küchengeräte auch für den Schweizer Markt liefern. Mehr als 60 Prozent der von der Migros, von Coop, Kuhn Rikon und Ikea angebotenen Töpfe und Pfannen stammen aus China. Die Rechercheure gingen in drei der vier 2016 bereits untersuchten Firmen. Dabei stellten sie fest, dass die Arbeitsbedingungen in der



CHINESISCHE ARBEITER: Sie zahlen mit irrsinnigen Überstunden für unsere Ramschpreise.

FOTO: SOLIDAR / CHINA LABOR WATCH, MONTAGE WORK

Zwischenzeit um einiges besser geworden sind.

DAS IST BESSER GEWORDEN

So werden mittlerweile in allen Unternehmen die neuen Arbeiterinnen und Arbeiter zunächst geschult, wenn auch lange nicht in der gesetzlich vorgeschriebenen Dauer. Zumindest zwei Firmen schicken ihre neuen Leute auch zur Ärztin. Alle Betriebe haben die Löhne erhöht, in einzelnen Fällen gar verdoppelt. Die Basislöhne liegen bei umgerechnet mindestens 275 statt 178 Franken, in einem Unternehmen erhalten spezialisierte Polierer heute 1570 Franken, knapp doppelt so viel wie vor zwei Jahren. Und auch die Wohnheime sind heute zumindest nicht

60 Prozent der Pfannen von Migros & Co. sind aus China.

mehr überbelegt und et was komfortabler ausgestattet. Schliesslich sorgten die Behörden dafür, dass alle Arbeitenden mittlerweile eine Sozialversicherung haben.

DAS IST IMMER NOCH SCHLECHT

Gegenüber solchen Verbesserungen registrierten die CLW-Rechercheure aber auch eine lange Liste von Missständen. Fast durchweg handelt es sich dabei um Verstösse gegen das – auf dem Papier gute – chinesische Arbeitsrecht. Keine Firma hält sich an die gesetzlich verlangte zweitägige Einführungsschulung, und die neuen Beschäftigten werden kaum über die Gefahren am Arbeitsplatz informiert. Umso schlimmer, dass nicht alle Arbeiterinnen und Arbeiter ausreichende Schutzausrüstung gegen Metallstaub, Funkenflug oder Lärm erhalten. Schliesslich werden sie zu Überstunden angehalten, die weit über das gesetzlich Zulässige gehen.

Simone Wasmann ist beim Hilfswerk Solidar Suisse zuständig für Kampagnen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in China. Sie besprach bereits nach der ersten Untersuchung in den Fabriken die Klagen mit den Schweizer Hauptabnehmern. Migros, Coop und Kuhn Rikon erklärten, Sozial- und Umweltstandards auch in ihrer Lieferkette vorzugeben. Damit diese Vorgaben in China auch eingehalten werden, behaupten alle Firmen in der Schweiz, die Zahl ihrer Fabrikbesuche erhöht und Kontrollen durch Dritte organisiert zu haben. Solche «Audits» bezeichnet Wasmann allerdings als «Augenwischerei». Laut ihr stehen die Kontrolleure bei ihren Kurzbesuchen im Sold der Firmen selbst und sprechen nicht mit den Beschäftigten.

«Die Audits sind Augenwischerei.»

SIMONE WASMANN, SOLIDAR SUISSE

TIEFE PREISE KOSTEN

Nicht überraschend ist deshalb, dass Migros, Coop und Kuhn Rikon in ihren Berichten den Ergebnissen der CLW-Rechercheure teilweise widersprachen. Immerhin bestätigten aber auch sie die irrsinnig hohe Zahl von Überstunden. Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind auf diese Mehrarbeit angewiesen, um einen einigermaßen existenzsichernden Lohn zu verdienen. Ein Abbau der Überstunden würde also höhere Grundlöhne voraussetzen. Aber dazu müssten Migros & Co. bereit sein, ihren chinesischen Herstellern höhere Preise zu zahlen. Wie niedrig sie heute sind, ist leicht an den Ramschpreisen zu erkennen, zu denen die Schweizer Detailhändler Töpfe und Pfannen aus China anbieten.

Pfannenreport 2016 und 2018: www.solidar.ch

Lügenstories im Stapferhaus-Museum Wo Fake News blühen

Natürlich ist auch das «Amt für die ganze Wahrheit» eine Fake News. Dieses Amt ist im neuen Stapferhaus-Museum in Lenzburg eingerichtet. Aber es gibt es nicht wirklich. Immerhin will es aufzeigen, wie stark wir von Lügen umgeben sind. In Politik (Trump!), Sport (Doping!) und auch im Privaten («Habe den Zug verpasst»). Lügen waren schon immer da. Doch heute ha-



FOTO: ©STAPFERHAUS / ANITA AFFENTRANGER

ben sie einen neuen Stellenwert. Die Wahrheit ist in der öffentlichen Debatte auf dem Abstieg. Mit der Ausstellung «Fake News. Die ganze Wahrheit» trifft das Stapferhaus einen Nerv der Zeit. Die Ausstellung ist kurzweilig, und man kann darin sogar einen Lügendetektor ausprobieren. Das Fazit am Ende lautet: Wir müssen gemeinsam entscheiden, welche Lügen wichtig, welche nötig und welche tödlich sind.

Ausstellung: **Fake News. Die ganze Wahrheit** im Stapferhaus Lenzburg (beim Bahnhof). Bis November 2019. www.stapferhaus.ch

Landesstreik 1918 Was geschah in Bern?

In Zürich drohte das Militär mit Handgranaten. Und in Grenchen gab es drei Tote. Aber was geschah in Bern während des Landesstreiks? Die Ausstellung im Kornhausforum Bern fokussiert auf das Lokale und schildert die Ereignisse in der militärisch besetzten Bundesstadt. Im Unterschied zu Zürich, wo der Hardliner Emil Sonderegger die Truppen befehligte, war in Bern ein zurückhaltender Kommandant am Ruder. Die Ausstellung skizziert auch den Alltag der Bevölkerung und die politische Stimmung am Ende des Ersten Weltkrieges.

Ausstellung: **Landesstreik 1918. Die Berner Ereignisse**. Galerie Kornhausforum. Bis 5. Januar 2019. www.kornhausforum.ch

Reportagen zum Brexit Gespaltenes Königreich

United Kingdom? Nein, Grossbritannien ist gespaltenener denn je. Der heftige Kampf um den Austritt aus der EU zeigt es. Doch was steckt dahinter? Der Journalist Peter Stäuber deckt in seinen Reportagen die teils extreme soziale Wirklichkeit hinter dem Politproblem auf. Im Rampenlicht stehen die krassen Folgen der jahrelangen Sparpolitik der konservativen Regierung. Stäuber macht deutlich, wie sich abseits der glitzernden Finanzmetropole London immer mehr Armut und Tristesse ausbreiten. Und weshalb manche zu stolz sind, um Arbeitslosengeld zu beziehen. Sie wollen nämlich nichts mit einer repressiven Sozialbürokratie zu tun haben.

Peter Stäuber: **Sackgasse Brexit. Reportagen aus einem gespaltenen Land**. Rotpunktverlag, Zürich 2018. CHF 28.–.

worklxl der wirtschaft

David Gallusser



SCHWEIZER HAUSHALTE SIND SPITZE IM SCHULDENMACHEN

Viele denken nicht als erstes an die Schweiz, wenn es um Schulden geht. Trotzdem gehört die Schweiz gemeinsam mit den Niederlanden und Dänemark zu den Ländern mit der grössten Verschuldung der privaten Haushalte. Zuletzt hatte ein Haushalt hierzulande durchschnittlich 2.13 Franken Schulden auf jedem Franken Einkommen (nach Steuern und Abgaben, siehe Grafik). Dieser eindrückliche Wert kommt zustande, weil der Staat zum Schuldenmachen anstiftet. Wie in den Niederlanden und Dänemark können bei uns Zinszahlungen vom steuerbaren Einkommen abgezogen werden.

GEFÄHRLICHE KREDITE. Schuldenmachen ist nicht grundsätzlich schlecht. Kredite erlauben uns, Investitionen zu tätigen, von denen wir längerfristig profitieren. Zum Beispiel ein Haus fürs Alter oder ein Auto für die Arbeit zu kaufen. Schulden sind dann kein Problem, wenn ihnen ein Vermögenswert oder ein ausreichendes Einkommen

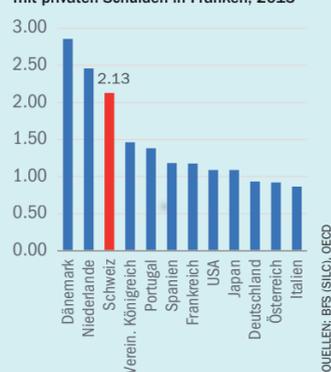
als Gegenwert gegenübersteht. Es ist deshalb gut zu wissen, dass in der Schweiz die allermeisten privaten Schulden Hypotheken sind, die mit Immobilien einen in der Regel sicheren Gegenwert haben. Allerdings sollten wir nicht gleichgültig sein. Nur ein Drittel der Haushalte in der Schweiz hat überhaupt eine Hypothek (siehe Grafik). Die privaten Schulden lasten auf verhältnismässig wenigen Schultern. Zudem haben die Banken in den vergangenen Jahren mehr Risikohypotheken vergeben. Steigende Zinsen und fallende Immobilienpreise können auch in der Schweiz Schuldnerinnen und Schuldner in den Konkurs treiben, Banken ins Wanken bringen und die Wirtschaft in eine Krise stürzen.

HORRENDE ZINSEN. Bloss 4 Rappen der 2.13 Franken durchschnittlicher Schulden sind Konsumkredite. Trotzdem haben rund 4 von 10 Haushalten Kreditkartenschulden, einen Kleinkredit oder andere Schulden zur Deckung

Schuldenland Schweiz



Anteil der Schweizer Bevölkerung mit privaten Schulden in Franken, 2013



des laufenden Konsums. Auch Konsumkredite können berechtigt sein, beispielsweise um kurzfristige Einkommenseinbussen abzufedern. Sie führen jedoch schnell zur Überschuldung. Banken haben wenig Interesse, hohe private Schulden zu verhindern. Sie

profitieren gerade bei Konsumkrediten von horrenden Zinsen, und das Konkursrecht steht auf ihrer Seite: Die Schweiz kennt im privaten Konkursfall keine Streichung der Schulden.

David Gallusser ist Ökonom und Unia-Mitglied.



Das offene Ohr

Igor Zoric vom Service Arbeitszeit beantwortet Fragen zu Arbeitszeit und Arbeitszeiterfassung. Hotline 0848 240 240

Neuer Job: Muss ich gegen meinen Willen Betriebsferien machen?

Ich habe am 1. Oktober eine neue Stelle begonnen und meine Probezeit nach einem Monat erfolgreich abgeschlossen. Laut Vertrag habe ich 4 Wochen Ferien pro Jahr. Vor kurzem informierte mich meine Vorgesetzte, dass der Betrieb während dreier Wochen über die Feiertage und im neuen Jahr geschlossen bleibe. Dafür würden mir 12 Tage meines Ferien Guthabens abgezogen. Muss ich dies akzeptieren?

IGOR ZORIC: Nein. Die Ferien dienen der Erholung von bereits geleisteter Arbeit. Den Ferienanspruch erarbeitet man sich dementsprechend pro Monat. Wenn Sie 4 Wochen, also 20 Ferientage auf die 12 Monate aufteilen, so ergibt sich bei



FESTTAGE: Wenn Sie erst kurz in einer Firma arbeiten, dürfen Betriebsferien nicht von Ihrem Ferienkonto oder von Ihrem Lohn abgezogen werden. FOTO: FOTOLIA

Ihnen ein monatlicher Ferienanspruch von 1,66 Tagen. Nach einer dreimonatigen Anstellung kann Sie Ihr Arbeitgeber nicht gegen Ihren Willen und erst recht nicht im nächsten Kalenderjahr in die Betriebsferien schicken und Ihnen dafür 12 Ferientage abziehen. Diese Ferienansprüche entstehen ja erst im kommenden Jahr. Ihr bisher erwirtschaftetes Ferienguthaben liegt nach 3 Monaten bei 5 Ferientagen. Wenn Sie mit dem Vorbezug der weiteren 7 Ferientage nicht einverstanden sind, sprechen Sie mit Ihrer Chefin. Die Firma muss Ihnen für die Tage, die über Ihre 5 Ferientage hinausgehen, Ersatzarbeit zuweisen oder Sie anderweitig beschäftigen. Auch wenn dies nicht möglich ist, dürfen Ihnen weder weitere Ferientage noch Lohn abgezogen werden.

Vorholzeit bei Krankheit: Muss ich sie nacharbeiten?

Unser Betrieb hat zu Beginn des Jahres die Besitzer gewechselt. Wie bereits vorher arbeiten wir pro Tag 10 Minuten länger, um über das Jahr gesehen ausreichend freie Tage für die Brückentage und die Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr zu bekommen. Als ich kürzlich krank war, habe ich festgestellt, dass ich nach 3 Tagen Krankheit 30 Minuten ins Minus gerutscht bin. Mein neuer Vorgesetzter sagt, dass bei Krankheit die Vorholzeit nicht berücksichtigt werde. Ich müsse sie nachholen. Stimmt das?

IGOR ZORIC: Nein. Bei der sogenannten Vorholzeit handelt es sich um eine mit der Firma vereinbarte Verlegung der Arbeitszeit. Die Arbeitszeit wird vorverlegt, damit die Mitarbeitenden in der Zukunft neben den Ferien noch weitere bezahlte freie Stunden haben. Ihre Sollarbeitszeit pro Tag steigt in der Vorholzeit somit um diese 10 Minuten an, ohne dass Sie über das Jahr gesehen mehr Stunden arbeiten. Die Arbeitszeit wird nur anders verteilt. Wenn Sie nun an Tagen, an denen Sie Vorholzeit leisten, erkranken, so muss Ihnen die Firma diese Zeit genauso gutschreiben, wie wenn Sie gearbeitet hätten, also mit den 10 Minuten Vorholzeit. Sie dürfen dadurch nicht ins Minus fallen.

Wenn die Arbeitslosenkasse nicht mehr zahlt

Ausgesteuert: So kommen

Jeden Monat verlieren über 3000 Menschen in der Schweiz den Anspruch auf Taggelder der Arbeitslosenkasse. Wie geht es weiter – finanziell, beruflich und persönlich?

MARTIN JAKOB

Niemand kann ganz sicher sein. Die Aussteuerung trifft Frauen und Männer jeden Alters. Ein harter Schlag, nachdem bereits die Phase, in der zumindest die Taggelder noch flossen, belastend war: Warum erhalte ich nur Absagen auf meine Bewerbungen oder gar keine Antwort? Warum haben die Kurse und Praktika nichts gebracht, die mir das Regionale Arbeitsvermittlungszentrum (RAV) vermittelt hat? Sind meine Fähigkeiten denn nichts mehr wert? Was gelte ich noch in dieser Gesellschaft, die sich durch Leistung definiert, und was denken meine Familie und meine Freunde von mir?

Statistik ist ein magerer Trost für Betroffene. Trotzdem: 5 von 10 Personen finden bereits im ersten Jahr nach der Aussteuerung wieder eine Arbeit, nach fünf Jahren sind es 7 von 10. Nach der gleichen Studie des Bundesamts für Statistik zur Situation der Ausgesteuerten sucht nach fünf Jahren noch 1 von 10 Personen eine Anstellung, 2 von 10 haben sich aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen.

Allerdings gelten diese Zahlen für den Gesamtdurchschnitt aller Ausgesteuerten. Menschen über 55 Jahre haben schlechtere Chancen. In dieser Gruppe gelingt nach einer Studie der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) nur etwa einem Drittel der Ausgesteuerten eine teilweise oder vollständige Rückkehr ins Erwerbsleben. Die SKOS fordert deshalb,

5 von 10 Betroffenen finden innerhalb eines Jahres einen Job.

dass Personen ab 55 Jahren künftig auch nach der Aussteuerung weiterhin vom RAV betreut werden und Ergänzungsleistungen statt Sozialhilfe beziehen können.

Mit der Aussteuerung kommt zur seelischen Belastung die finanzielle. Manche Betroffenen haben

das Glück, in der Partnerschaft oder Familie finanziell getragen zu werden, bis sie wieder ihr eigenes Einkommen erzielen. Andere haben Vermögen, von dem sie eine Weile zehren können. Erst wenn das Gesparte bis auf wenige

Ist kein Geld mehr da, deckt die Sozialhilfe die Lebenshaltungskosten.

Tausend Franken aufgebraucht ist, entsteht das Recht auf Sozialhilfe. Wobei zum Vermögen auch die Freizügigkeitsleistung aus der zweiten Säule, Gespartes von der dritten Säule und allfälliges Wohneigentum gezählt werden. Den Weg zum Sozialamt sollte man, auch wenn er schwerfällt, beizeiten gehen. Denn bis zur ersten Zahlung können einige Wochen verstreichen.

VORSORGE BLEIBT WICHTIG

Solange jemand Arbeitslosentaggeld bezieht, fließen weiterhin Beiträge in obligatorische Versicherungen: in die AHV/IV, in die berufliche Vorsorge (Auffangeinrichtung BVG) und in die Versicherung gegen Nichtbetriebsunfälle (bei der Suva).

Die Aussteuerung hat zur Folge, dass der Versicherungsschutz durch BVG und Suva nach einer einmonatigen Nachdeckungsfrist erlischt. Der Unfallversicherungsschutz bei der Suva lässt sich auf Antrag bis zu sechs Monate verlängern, danach ist das Unfallrisiko bei der Krankenkasse anzumelden. Auch die Todes- und Invaliditätsversicherung bei der Auffangeinrichtung BVG kann weitergeführt werden. Der Antrag dafür ist spätestens 90 Tage nach Ende der Taggeldzahlungen einzureichen.



DAS HABEN SIE VERDIENT: Steht der dreizehnte Monatslohn im Vertrag, ist er auch geschuldet – unabhängig vom Geschäftsgang. FOTO: KEYSTONE

Am «Dreizehnten» gibt es nichts Ein fester Teil des

Ist ein dreizehnter Monatslohn im Vertrag vereinbart, wird er zum festen Bestandteil Ihres Gehalts. Kürzungen sind nur in Ausnahmen erlaubt.

MARTIN JAKOB

«Es wird ein dreizehnter Monatslohn vergütet.» So oder ähnlich steht es in vielen Arbeits- und Gesamtarbeitsverträgen. Mit dieser Formulierung wird der Dreizehnte zum festen Lohnbestandteil, den Ihnen die Firma genauso schuldet wie die zwölf Monatslöhne.

So weit, so gut und jedenfalls sicherer als eine Gratifikation oder ein Bonus. Bei diesen Vergütungen ist der Spielraum der Firmen deutlich höher (siehe dazu Hinweis rechts). Dagegen sind viele Argumente,

die eine Firma vielleicht anzuführen versucht, um den dreizehnten Monatslohn zu streichen oder zu kürzen, schlicht untauglich, wenn dieser vertraglich vereinbart ist:

- Der Dreizehnte darf weder von der individuellen Arbeitsleistung noch vom Geschäftsgang abhängig gemacht werden.
- Er muss auch bezahlt werden, wenn jemand unterm Jahr die Firma verlässt. Die Vergütung ist dann allerdings nur an-

Bei Überstunden ist der Dreizehnte ebenfalls einzurechnen.

teilmässig geschuldet. Beim Austritt per 30. Juni zum Beispiel ist ein halber Monatslohn geschuldet. Das gälte auch, falls

Sie aus dem Tief

Nach der Aussteuerung besteht weiterhin eine AHV-Beitragspflicht. Fehlende Beitragsjahre können zu Rentenkürzungen führen. Ausgesteuerte müssen sich deshalb bei der AHV als nicht-erwerbstätig anmelden. Der Beitrag wird dann aufgrund des Vermögens und eines allfälligen Renteneinkommens berechnet. Ist der Ehegatte oder die Ehegattin erwerbstätig und bezahlt mindestens 956 Franken AHV im Jahr, entfällt die Beitragspflicht.

Übrigens haben auch Ausgesteuerte Anrecht auf Kinderzulagen – sofern nicht der andere Elternteil die Zulagen über seinen Arbeitgeber bezieht. Den Anspruch müssen Sie aber bei der kantonalen AHV-Ausgleichskasse selber anmelden.

DER NEUSTART

Kein Job, kein Lohn: da gibt es Dinge, die man besser bleiben lässt. Zum Beispiel Kredite aufnehmen, um sich vorzugaukeln, man habe ja doch Geld. Oder sich aus falscher Scham von allen sozialen Bindungen

lösen. Im Gegenteil: Jetzt ist der Zuspruch von Freunden wichtig. Vielleicht besteht in der Region sogar eine Selbsthilfegruppe zum Thema (siehe **selbsthilfeschweiz.ch**). Gute Kontakte führen manchmal zu entscheidenden Hinweisen: Wer aus dem Bekanntenkreis kennt Firmen, die freie Stellen haben? Neben den Online-Jobbörsen lässt sich auch das Netzwerk von Stellenvermittlern nutzen. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hat ein Verzeichnis dieser

Gerade jetzt sind soziale Kontakte und ein gutes Netzwerk wichtig.

Firmen online gestellt, in dem man die Anbieter nach Branchen, Funktionen und Regionen filtern kann: rebrand.ly/jobvermittler.

Ausgesteuerten gelingt selten aus dem Stand die Rückkehr in eine Anstellung, die der früheren gleichwertig ist. Häufig kommt es nur zu befristeten oder Teilzeitanstellungen, und auch beim Lohn sind oft Abstriche zu machen.

Viele Betroffene nehmen solche Einschränkungen in Kauf, um wieder im Erwerbsleben Fuss zu fassen. Aber auch wenn Sie einen Job annehmen, der weder Ihren Fähigkeiten noch Ihren Wünschen ganz entspricht, sollten Sie sich Ihres Werts und Ihrer Rechte bewusst sein.

WORKTIPP

REDUZIERTER UNIA-BEITRAG

Für ausgesteuerte Unia-Mitglieder, die weiterhin erwerbstätig bleiben wollen, lohnt es sich, die Mitgliedschaft beizubehalten. Mit dem tiefsten Beitragssatz (aktuell Fr. 12.70 pro Monat bei Einkommen unter 1000 Franken) haben Sie weiterhin volles Anrecht auf den Unia-Mitgliederservice. Inklusive Rechtsberatung, die Ihnen hilft, beim Abschluss neuer Arbeitsverträge keine unzumutbaren Bedingungen einzugehen.

ENGPASS. Bei finanzieller Not überbrückt die Sozialhilfe die Zeit bis zur Rückkehr ins Erwerbsleben.

FOTO: GETTY

ARBEITSLOS MIT 60+ TAGGELD VOR FRÜHRENTE

Wer wenige Jahre vor dem Pensionsalter arbeitslos wird, hat es schwer, noch einmal eine Anstellung zu finden. Das Gesetz nimmt darauf Rücksicht, indem für Personen, die sich in den letzten vier Jahren vor Erreichen des AHV-Alters arbeitslos melden, eine verlängerte Frist für den Leistungsbezug gilt. Wer für die zurückliegenden zwei Jahre mindestens 22 Monate Beitragszeit nachweisen kann, hat damit Anspruch auf maximal 640 Taggelder. Das reicht für rund zweieinhalb Jahre (gerechnet mit rund 21 Bezugsstagen pro Monat). Mit einem Zwischenverdienst, aus dem neue Anrechte auf Arbeitslosentaggeld entstehen, lassen sich die vier Jahre bis zum Rentenbezug überbrücken, und die Aussteuerung bleibt einem erspart.

RENTEN-MINUS. Frühestens zwei Jahre vor Erreichen des ordentlichen Rentenalters ist im Prinzip ein Vorbezug der AHV-Altersrente möglich. Dieser führt allerdings zur lebenslangen Reduktion der Rente um 6,8 Prozent pro Jahr des Vorbezugs. Wer also den Lebensunterhalt bis zum ordentlichen Rentenalter mit Arbeitslosentaggeldern finanzieren kann, sollte dies tun und nicht in die Frührente flüchten. Auch wenn das RAV manchmal nervt! Übrigens: Im letzten halben Jahr vor Erreichen des AHV-Alters gilt die Pflicht, sich aktiv um eine Anstellung zu bemühen, nicht mehr. (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



ZWEI STUFEN: Zusätzlich zum Passwort braucht es zur Zwei-Faktor-Authentifizierung eine weitere Information. FOTO: DEPOSITPHOTOS

Verbessern Sie den Schutz vor Passworthackern

Immer wieder gelingt es Hackern, Zehntausende Passwörter von Websites oder E-Mail-Konten zu stehlen. Dagegen hilft die sogenannte Zwei-Faktor-Authentifizierung. Das heisst: Neben dem Passwort brauchen Sie zum Einloggen eine zusätzliche Information. Zum Beispiel einen Code, den Sie per SMS erhalten. So können Datendiebe mit dem Passwort allein nichts anfangen.

Beim Internetbanking ist die Methode längst verbreitet. Sie lässt sich aber auch auf weiteren Websites einstellen, zum Beispiel bei Amazon, Facebook oder Google. Und so geht's:

AMAZON: Nach dem Anmelden gehen Sie unter «Mein Konto» auf «Anmeldung und Sicherheit». Klicken Sie bei «Erweiterte Sicherheitseinstellungen» auf «Bearbeiten» und dann auf «Erste Schritte».

FACEBOOK: Melden Sie sich an, klicken Sie oben rechts auf das Dreieck und wählen Sie «Einstellungen». Drücken Sie am linken Rand auf «Sicherheit und Login», dann auf «Verwende die zweistufige Authentifizierung».

GOOGLE: Nach dem Anmelden klicken Sie auf das Konto-Symbol oben rechts. Wählen Sie «Google-Konto». Klicken Sie dann auf «Persönliche Daten & Privatsphäre», dann links unter «Anmeldung & Sicherheit» auf «Bei Google anmelden». Rechts können Sie jetzt die «Bestätigung in zwei Schritten» aktivieren. Damit sind auch alle Google-Dienste wie Gmail und Youtube geschützt. MARC MAIR-NOACK

Der per SMS gesandte Code wechselt bei jedem Login.

zu rütteln, wenn er im Vertrag steht Lohns – ganz ohne Bittibätti

diese Person bereits im April freigestellt wurde, das Arbeitsverhältnis aber unter Berücksichtigung der Kündigungsfrist erst auf den 30. Juni endet.

SO WIRD GERECHNET. Grundsätzlich entspricht der dreizehnte Monatslohn der Summe der 12 monatlich ausbezahlten Löhne, geteilt durch 12. Also 8,33 Prozent. Bei Entschädigungen für geleistete Überstunden ist der Dreizehnte ebenfalls einzurechnen. Auf Familienzulagen und Zulagen für Nacht- und Sonntagsarbeit ist dagegen kein zusätzlicher Anteil für den Dreizehnten geschuldet.

Die Firmen zahlen den Dreizehnten unterschiedlich aus – einmal jährlich, hälftig je Mitte und Ende Jahr oder zusammen mit dem Monatslohn

in 12 Tranchen. Da der Dreizehnte fester Bestandteil des Jahreslohns ist, sind auch Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten. Ihr Anteil daran wird Ihnen also vor der Auszahlung abgezogen.

SONDERFÄLLE. In diesen Fällen besteht ein Recht zur Kürzung: **Fall 1:** Bei Krankheit, Unfall und Militärdienst über die Dauer der Lohnfortzahlungspflicht hinaus. Ein Beispiel: Jemand war im dritten Dienstjahr drei Monate lang krank. Der gesetzliche Lohnfortzahlungsanspruch beträgt dann (nach Berner Skala, je nach Region können andere Regeln gelten) acht Wochen. Für diese Zeit ist anteilmässig auch der Dreizehnte geschuldet. Besteht in der Firma keine Krankentag-

geldversicherung, erhalten die Betroffenen für den dritten Monat keinen Lohn. Und die Firma darf den Dreizehnten um einen Zwölftel kürzen. Hat die Firma eine Krankentaggeldversicherung, die für den dritten Monat ein Taggeld ausrichtet, bezieht der Erkrankte zwar Taggeld, jedoch gilt darin der Dreizehnte bereits als eingerechnet. Dieser darf also ebenfalls um einen Zwölftel gekürzt werden.

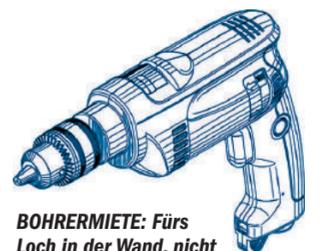
Fall 2: Bei bezahltem Mutterschaftsurlaub erhalten Mütter während 14 Wochen (gesetzliches Minimum) ein Taggeld in Höhe von 80 Prozent des bisherigen Einkommens. Weil in dieser Berechnung der Dreizehnte bereits berücksichtigt worden ist, ist zum Taggeld auch kein dreizehnter Monatslohn mehr geschuldet.

BONUS & GRATIFIKATION DIE REGELN

Im Gegensatz zum dreizehnten Monatslohn, der mit nur wenigen Wenn und Aber vorbehaltlos geschuldet ist, falls er im Vertrag vereinbart ist, sind Gratifikation und Bonus dem Gutdünken der Firmen überlassen. Allerdings gibt es Einschränkungen, die Arbeitende kennen sollten. work hat im Service der Ausgabe vom 15. Dezember 2017 darüber berichtet. Hier geht's zum Beitrag über «Das finanzielle Extra Ende Jahr»: rebrand.ly/gratibonus

Pilotprojekt in Bern Bohren für 5 Franken

Am 3. Dezember öffnet in Bern die erste «LeihBar»: Für fünf Franken pro Monat kann man Werkzeuge und mehr leihen statt kaufen.



BOHRERMIETE: Fürs Loch in der Wand, nicht in der Kasse. FOTO: PIXABAY

Bohrmaschinen, Hochdruckreiniger, Beamer, Campingausrüstung: So vieles steht in unseren Haushalten herum. Teuer gekauft, selten gebraucht. Die Stiftung für Konsumentenschutz bietet nun mit der «LeihBar» eine Alternative. «Leihe statt Kauf schont die Umwelt», sagt Projektleiter Raffael Wüthrich, «und macht die teils teuren Gegenstände auch Menschen mit kleinem Einkommen zugänglich.»

PREISWERT. Mit fünf Franken pro Monat ist die Ausleihe in der «LeihBar» sehr günstig. Möglich ist der tiefe Preis, weil

die Stiftung Konsumentenschutz, unterstützt durch ein Crowdfunding, die Anschubfinanzierung leistet und das Ladenpersonal ehrenamtlich arbeitet. «Wenn sich das Pilotprojekt in Bern gut entwickelt, wird der Konsumentenschutz bestimmt weitere Läden in anderen Städten eröffnen», sagt Raffael Wüthrich. (jk)
LeihBar, Alte Feuerwehr Viktoria, Gotthelfstrasse 29, Bern www.leihbar.ch

workrätsel

3 Coop-Gutscheine à je Fr.150.– zu gewinnen!



Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen Glück und viel Spass beim anschliessenden Einkauf!

coop rechtsschutz
einfach anders.

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 18
Das Lösungswort lautet: **NEBELPETARDEN**



DEN PREIS, 500 Franken in Reka-Checks, hat gewonnen: Markus Brandenberger, Uetikon am See ZH.
Herzlichen Glückwunsch!

acht-beiniger Schreck	Was sie wollen, ist unmöglich, so work	mit ... und Tücke	Zwischenmahlzeit	der Bau ..., so work	int. Notation für Kontonummern	Werkzeug für Löcher	best. Artikel	für den ... des Hambacher Forsts	... Balabanoff, 1878-1965 (fast wie Merkel)	Kürzel f. organische Chemie	zum Kneten oder Hören
Der ... und sein Henker	4	es werden immer mehr	Volkseigener Betrieb, kurz	diktiert nun in Brasilien	chem. Symbol für Rhodium	verkehrtes friesisches Hallo	Unterfam. der Gürtelwürmer	Lumineszenz-Diode	
wie, so, da oder als für Briten				... der Welt			mörderischer Freizeitspass		5		
u. a. Sturm oder Befehl engl.	Radikaler Konstruktivismus kurz		Umlaut kurz	Himmelsrichtung		mit Farwar's irgendwo in Asien	früher oft männl. Halschmuck		1		Holzblasinstrument
Ω	3	nicht genau	indigene urbane Kultur in Südamerika	... Zeppelin (Band)			Provinz in der Mitte Spaniens				
sicher nicht verdreht	mit -sau Ort im Kt. Zürich			Frauenname		Tom ... 1930-2018, Schriftst., Journalist	kurze Million			betagte Briten	
	sie fliesst sogar durch Olten	Rapperswil-Jona kurz	7	ich in Bern	erste Gen. russischer Raumschiffe		14	jap. Autohersteller	9	höchstes Prinzip od. Millimeter	2
B... , russ. Hexe	heilt Muskel- und Gelenksbeschwerden				neutrale Zone, engl., kurz		Murks, schlechte Arbeit	Die ... hat ein Blatt. (Werkz.)			
				eine Busse	Autokennzeichen v. Airolo	herausgeputzter Galan		Top-Level-Domain v. Irland		Gnade, Barmherzigkeit, griech. ελεος	
kurz Resi	Holzstange	... Madrid, Fussballverein	... Abdel Assar vo El Hama	kurz, mod. f. Stimmung			Die Rote Zora und ihre				
	10			PKW mit erhöhter Carrosserie		Augmented Reality	nicht hier	Internat. Brecht Society		Security through obscurity	
russ. Frauenname	TV-Sender aus Eritrea		13		limitierte Auflage, kurz, engl.	Filmempfindlichkeitsnorm		grosser Typ im Märchen	8		
			Drop me a line			Rotes Kreuz, engl., kurz		Schluss mit Lohnklaus! (Initiative)			
Die der Suva gehören uns, so work						ihre, engl.		kurzer Schubs			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 23. November 2018

INSERAT

Wir schützen sie.

Sie schützen uns.

UNIA

Unsere Arbeitsrechte. **Nein!** Am 25. November 2018 zur «Selbstbestimmungs»-Initiative www.unia.ch/sbi-nein

WORKLESERFOTO



WORKFRAGE VOM 2. 11. 2018

Was sagen Sie zu Rechsteiners Rücktritt als SGB-Chef?

ÜBERZEUGENDER LINKER

Der Rücktritt von Paul Rechsteiner bedeutet einen unersetzlichen Verlust. Er besitzt eine grosse Glaubwürdigkeit und verkörpert wie Helmut Hubacher einen überzeugenden Linken, wie es sie heute nicht mehr gibt. Er stand für Solidarität innerhalb der Linken und nicht für Ausgrenzung von Andersdenkenden. Leider fehlen heute Leute wie Rechsteiner und Hubacher, die aus dem Arbeitermilieu kommen.

JÜRIG STREULLI, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

MODERNISIERT UND ENTSTAUBT

Danke, Paul Rechsteiner, für dein langjähriges und in jeder Beziehung erfolgreiches Präsidium des SGB. Du hast die Gewerkschaften modernisiert, entstaubt, ihnen Ansehen, Bedeutung und Gehör verschafft. Deine Nachfolge muss diesen Kurs weiterführen!

EDUARD MINDER, STECKBORN TG

VIELEN DANK UND ALLES GUTE!

Vor bald zehn Jahren, anlässlich einer Kampagne für einen entlassenen Gewerkschafter, habe ich Paul Rechsteiner kennen- und schätzengelernet. Unia-Chefin Vania Alleva bringt es sehr treffend auf den Punkt: «Er verliert sich nicht, wie so viele andere, in den Eitelkeiten und im Opportunismus der Machtpolitik.» Ich wünschte mir mehr solche Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung. Alles Gute, lieber Paul!

RAINER THOMANN, PER MAIL

Jetzt falle d Blettli wieder...

WANN 5. November 2018

WO Heiden AR

WAS Herbstlandschaft mit Nebelmeer

Eingesandt von Silvia Schmucki, Rieden AG Emirat III:

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORKEXTRA / 2. 11. 2018: 100 JAHRE LANDESSTREIK

Verlogene Ehrung

Ich gratuliere Igor Kravarik zu seiner gelungenen Karikatur von Oberst Blocher, seines Zeichens Hobby-Historiker, und seinen Vorbildern General Wille und Kaiser Wilhelm. Alle drei versuchen den kleinen Mann aufzuspiessen, sei es als Inseratetexter mit der Füllfeder oder martialischer mit dem Bajonett oder gar mit dem Säbel. Selbst die Augen der drei Protagonisten ähneln sich, sie wirken superschlau, aber irgendwie falsch und auf eine kranke Zukunft fixiert. Gut, dass uns Stefan Keller vor dieser verlogenen Ehrung der Soldaten zum Einsatz am Generalstreik warnt.

MARTIN A. LIECHTI, MAUR

«Wo ein Wille ist...». In seinen jüngst erworbenen Gratisblättern wurde Blocher nicht müde, die Streikenden als Revolutionäre zu bezeichnen, deren Absicht es gewesen sei, die Schweiz in die Hände der Bolschewiken zu treiben. Allen voran bezeichnete er Robert Grimm als Rädelsführer, mithin als Landesverräter. Kein Wort von der eklatanten Zweiklassengesellschaft in der damaligen Schweiz!

EDUARD MINDER, STECKBORN TG

WORK 18 / 2. 11. 2018: SVP WILL SCHWEIZER GERICHTE GÄNGELN

Gefährliche SVP-Initiative

Die sogenannte Selbstbestimmungsinitiative ist gefährlich. Die Schweiz muss internationale Verträge einhalten, besonders Verträge, in denen Menschenrechte festgeschrieben sind. Darum: Nein zur SVP-Selbstbestimmungsinitiative. Es ist dem heutigen System zu verdanken, dass beispielweise Asbestopfer gerecht entschädigt werden konnten und dass das inhumane System

der administrativen Verwahrung abgeschafft wurde.

HEINRICH FREI, PER MAIL

Wichtige Entlarvung

Ja, diese Entlarvungsarbeit in den Medien ist so etwas von dringend nötig. Ich verstehe nicht, weshalb der Bund nicht schon längst eine Prüfungskommission einsetzt, um Initiativen mit irreführenden Texten oder die juristisch nicht durchführbar sind, gar nicht erst zuzulassen.

SILVIANE HONEGGER, VIA FACEBOOK

Die wahren Ziele zeigen

Es muss immer wieder aufgezeigt werden, dass die SVP insgeheim ganz andere Ziele verfolgt.

ALFRED HESS, VIA WWW.WORKZEITUNG.CH

Ursache und Wirkung

Für viele Schweizerinnen und Schweizer waren in den letzten Jahren mehrere SVP-Initiativen Angriffe auf unsere Verfassung und ihren Geist – und jetzt will die SVP per Initiative die Verfassung retten! «Für Selbstbestimmung!» heisst es – als ob irgendjemand im Lande für Fremdbestimmung einträte. «Schweizer Werte bewahren» – als ob diese mit Menschenrechten unvereinbar wären. «Keine fremden Richter! Keine fremden Vögte» – als

wären Menschenrechte eine Hinterlist von Fronvögten, um uns Eidgenossen zum Gruss des Gessler-Huts zu zwingen. Was ist nur geworden aus der einstigen Bauernpartei, seit ein paar Zürcher Oligarchen sie unter ihre Millionen-Fittiche genommen haben? Statt reisserisch tritt man diesmal zwar in dezentem Mäntelchen auf, einer CVP-Kampagne zum Verwecheln ähnlich – aber darunter verbergen sich die altbekannten Ressentiments. Nur: mit Oligarchen-Millionen auf Kosten des Menschlichen das «Nationale» melken, damit hat man's rings um die Schweiz leider schon deutlich weitergebracht – die SVP agitiert nur im Schlepptau der neuesten Trends aus dem Ausland, auch aus Übersee, und will, dass wir alle mit einschwenken. Nun, das Stimmvolk wird am 25. November selbst bestimmen, ob man in der Schweiz Mensch bleiben kann oder nicht.

BENJAMIN KRADOLFER, PER MAIL

WORK 18 / 2. 11. 2018: «WAS DIE PATRONS WOLLEN, IST UNMÖGLICH»

Rente 60 auch in der Pflege

Ich finde es richtig, dass Bauleute mit 60 in Pension dürfen, dasselbe sollte für Menschen gelten, die Vollzeit in der Pflege arbeiten!

KARIN LINA KRÄUCHI, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@workzeitung.ch, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

?

workquiz

Wie gut sind Sie?

Emirat I:
Doha ist die Hauptstadt von...?

- Katarrh?
- Katharsis?
- Kata?
- Katar?

Emirat II:
Wie heisst der Emir von Katar?

- Sheikh Tamim bin Hamad Al Thani?
- Sheikh Chalifa bin Hamad Al Thani?
- Sheikh Khalifa bin Hamad bin Abdullah bin Jassim bin Mohammed Al Thani?
- Sheikh Sidi Abdel Assar vo El Hama ?

Emirat III:
Welchen Spitznamen hat der höchste Turm von Katar?

- Prime Tower?
- Pisa Tower?
- Penis Tower?
- Protz Tower?

Emirat IV:
Wann wird die Fussball-WM 2022 gespielt?

- im Frühling?
- im Winter?
- im Sommer?
- im Herbst?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1d, 2a, 3c, 4b

Eklatant

Danke für die Beilage «100 Jahre Generalstreik». Gefreut hat mich besonders Stefan Kellers Artikel



Unia-Präsidentin Vania Alleva.

Feier zum 100. Jahrestag des Landesstreiks

Vorwärts und nie vergessen

Am 10. November 1918 proklamierte das Oltener Aktionskomitee den Generalstreik. Am 10. November 2018 feierten in der alten SBB-Werkstätte Olten 1400 Menschen den 100. Jahrestag. Sie gedenken der drei Arbeiter, die am letzten Streiktag in Grenchen vom Militär hinterrücks erschossen worden waren – und erinnern daran, dass der Kampf für Fortschritt immer weitergeht. Das 10seitige work-extra zum Streik stiess auf grosses Interesse (rebrand.ly/landesstreik-extra). Nur wer seine Geschichte kennt, versteht die Gegenwart und kann die Zukunft gestalten.

SGB-Präsident Paul Rechsteiner, SP-Präsident Christian Levrat, Unia-Präsidentin Vania Alleva und SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga hielten Ansprachen. Beide Rednerinnen schützten sich mit roten Mänteln (Alleva tiefrot, Sommaruga blassrot) gegen die zugluftige Kälte. Gegen diese half auch das Rahmenprogramm: die Rhythmen der Perkussionsgruppe P-Train fuhren in Mägen und Beine, vom Bläserensemble der SBB-Live-Band gab's gehörig auf die Ohren («One Moment in Time»), ruhigere Töne gab's von den Sängerinnen Bread&Roses, der Chor Linksdrall praktizierte die schöne Tradition des Arbeiterliedes («Lied zum Landesstreik») – und Slam-Poetin Sandra Künzi verwirbelte Worte zur Klarheit («Man darf General Wille nie mit «volonté générale» übersetzen»).

Die Rede von Vania Alleva: rebrand.ly/vaniaalleva
 Die Rede von Paul Rechsteiner: rebrand.ly/paulrechsteiner
 Die Rede von Simonetta Sommaruga: rebrand.ly/sommaruga
 Die Rede von Christian Levrat: rebrand.ly/levrat



Gewerkschafter Oscar Zbinden.



Unia-Mitglied Simeon Seiler (r.) und Stv. PVB-Generalsekretärin Rahel Imersteg.



Fredy Fässler, Regierungsrat SG.



Christine Goll (Movendo) und Onkologe Franco Cavalli.



Es brodet in der Schweizer Streikküche.



Sandra Künzi, Slam-Poetin.



Paul Rechsteiner, SGB-Präsident und Ständerat SG.



Natalie Imboden, Grossrätin BE.



Rudolf Rechsteiner, alt Nationalrat BS.



Sara Struchen, Hebamme.



Werner Caviezel, Rechtsanwalt.



Hans-Jürg Fehr, Ex-Präsident SP.



Andrea Hämmerle, alt Nationalrat GR.



Vasco Pedrina, ehemaliger Unia-Co-Präsident.



Mia Jenni, Co-Präsidentin Juso AG, und Nils Jocher, Co-Präsident Juso BL.



Historiker Jakob Tanner.



Historikerin Elisabeth Joris.



SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga.



SP-Präsident Christian Levrat.



P-Train Percussion Group.

FOTOS: ALEXANDER EGGER (11), SGB (9), JOHANNES ZÜRCHER (3), NIK (4)



Chor Linksdrall.



Tamara Funicello, Juso-Präsidentin.



Bea Heim, Nationalrätin SO.



Alt Bundesrätin Ruth Dreifuss.



Mitorganisatorin der Feier und SGB-Frau Dore Heim.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon/E-Mail _____
 work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach 272, 3000 Bern 15 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 Fax 031 350 24 55 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Luca Dubuis, Martin Jakob, Oliver Fahrni, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsel Korrektorat Urs Remund Sekretariat Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 92416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.